

DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 201. JAHRGANG

200 | JULI/AUGUST 2108 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

Betrieb und Gesellschaft

Die Gewerkschaft, die ist da! 3
Die FAU Berlin gewinnt Prozess um Gewerkschaftsfreiheit. Ein Interview mit der „Verbots-AG“



Wohlstand durch Verzicht? 4
Deutschland drückt die Einkommen der Masse, um andere Länder niederkonkurrieren zu können. Die Gewerkschaften tragen diese nationalistische Wirtschaftspolitik mit

Feldzug durch die Klassenzimmer 6
Wie das Militär in den Bildungsbereich einsickert und welche Gegenbewegungen es gibt

Im blauen Morgenrot 8
Die anarchosyndikalistische Revolution von 2036 – ein Rückblick

Globales

Der Aufstand, der kommt. 9
Streiks, Demonstrationen und Bombenanschläge halten Griechenland in Atem. Währenddessen geht die Polizei weiter gegen die vermeintliche Bankräuber und Attentäter vor

Die Verformung der Gewerkschaften 10
Sarkozy will die französischen Gewerkschaften in die Wahlurne sperren. Davon profitieren die großen Apparate. Die CNT sieht Risiken und ... Chancen



Illegale Spekulationsobjekte 11
Die Landarbeitergewerkschaft SOC organisiert Widerstand gegen die Ausbeutung von Migranten

Hintergrund

Hosen runter! 12-13
200 Ausgaben DA: Intime Geständnisse, Enthüllungen und Schmähungen

Kultur

Auf der Suche nach der Direkten Aktion in Kunst und Kultur. 14
Ein Gespräch über libertäre Kultur und das Selbstverständnis der DA-Kulturseiten



30 Jahre Asphaltkultur!. 15
Mit neuem Schwung geht es wieder los: Die „Rotzfreche Asphaltkultur“ erobert Straßen und Herzen

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

200 Jahre DA!

Wie die Zeit vergeht! Noch im letzten Jahr feierten wir das 130ste Jubiläum unserer Gewerkschaftsföderation, und jetzt steht schon das große Jubiläum der *Direkten Aktion* an. Das nebenstehende Bild zeigt den französischen Syndikalisten Benoît Broutchoux mit der Erstausgabe der Zeitung, die die Geschicke des 21. Jahrhunderts entscheidend mitbestimmen sollte. Harte Zeiten herrschten, als Broutchoux 1908 in Paris, der damaligen französischen Hauptstadt, während eines Streiks im Baugewerbe verhaftet wurde. Er hatte gerade ein Probeexemplar aus dem damaligen Deutschland erhalten.

Für seine KollegInnen jenseits des Rheins war es ein abenteuerliches Projekt, um sich gegen die sozialdemokratische Hegemonie in der frühen Gewerkschaftsbewegung zu behaupten. Doch das Projekt *Direkte Aktion* fand schon nach kurzer Zeit ein jähes Ende und geriet in Vergessenheit. Erst vor 50 Jahren wies unsere Syndikalismusforschung dieses Pilotprojekt nach – eine historische Sensation.

Fast 70 Jahre gingen ins Land, bevor eine neue Generation das Projekt wiederbelebte. Damals, 1977, war man immer noch auf einem technologisch primitiven Level. Unter geradezu steinzeitlichen Bedingungen wurde die Zeitung produziert – auf Papier! Und die GenossInnen mussten sich in ihrer Freizeit nach der Lohnarbeit um die Zeitung kümmern. Nicht vorstellbar heute, wo Lohnarbeit nur noch in Horrorfilmen seine Existenz fristet und wir unser Leben in den Stadtteilen und Betrieben auf der Basis von Bedürfnissen und Fähigkeiten gemeinschaftlich regeln können. Es gab eine Zeit wo dies nicht selbstverständlich war, sondern sogar utopisch genannt wurde.

Zur Erinnerung und zur Mahnung geben wir deshalb zum Jubiläum eine DA im alten Stil heraus, auf Papier im rustikalen Original-Design. Zahlreiche SpezialistInnen wurden konsultiert und der Aufwand hat sich gelohnt: Originalartikel zeugen von einer Zeit, als die FAU noch eine sehr kleine Gewerkschaft war und raue Sitten herrschten. Die Kapitalisten saßen noch fest im Sattel, die Welt wurde durch Nationalismen gespaltet und „sozialpartnerschaftliche“ (heute: gelbe) Gewerkschaften organisierten die Ausbeutung der Arbeiterklasse mit.

Diese finsteren Zeiten sind Geschichte. Aber wir können nicht hoch genug schätzen, was unsere GenossInnen damals leisten mussten, um den Gang der Geschichte zu verändern, wie unser Genosse Erwin Werner rückblickend berichtet. Genießt dieses Stück Zeitgeschichte, das ihr in Händen haltet.

Eure Zukunftsredaktion

Das Patentrezept

Europaweit ist die Kürzungspolitik auf dem Durchmarsch. Die gewerkschaftliche Gegenwehr scheitert auch an konzeptioneller Schwäche

Rein statistisch ist die Wirtschaftskrise bereits Vergangenheit. Zumindest in der Bundesrepublik, seit Frühjahr 2009. Seither wächst die Wirtschaft wieder, wenn auch langsam. Auch für die EU insgesamt verzeichnet die Statistik wieder Wachstum. Indes, hier handelt es sich um eine Draufsicht. Griechenland und Italien etwa stecken noch in der Rezession, und den Ökonomen ist der Aufschwung noch zu schwächlich.

Zudem sind die Wachstumsraten nicht das einzige Kriterium wirtschaftlicher Erholung. Bereits im vergangenen Herbst hatte die EU-Kommission auf Risiken hingewiesen, dass 13 der 27 Mitgliedsstaaten langfristig (bis 2060) ihre Staatsschulden nicht aus dem laufenden Haushalt decken könnten. Sie müssten Schulden machen, um Schulden zu begleichen. Dazu zählten u.a. Spanien und Griechenland. Mitte Oktober dann leistete die neugewählte Regierung in Griechenland einen Offenbarungseid, dass das Haushaltsdefizit für 2009 nicht bei 6, sondern bei 12,7 % liegen werde. Nach Prognosen der EU belaufen sich die griechischen Staatsschulden 2010 auf 125 % der jährlichen Wirtschaftsleistung bzw. 300 Mrd. Euro; etwa 30 Mrd. an Schulden liegen bei deutschen Banken, so Linksfraktions-Chefvolkswirt Michael Schlecht.

Anfang Dezember stuften private Ratingagenturen die Glaubwürdigkeit Griechenlands herab, womit sich die Zinsen für neue Kredite verteuerten. Dabei steht Griechenland nicht allein. Die Konjunkturprogramme und Rettungsschirme vergrößerten die Haushaltsdefizite quasi weltweit. Ähnlich hohe Schuldenstände hatte es zuletzt nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben. Aussicht auf einen fordistischen Boom gibt es heute aber nicht. Die Staatsschulden gelten daher inzwischen als „tickende Zeitbombe“. Die Lösung wurde zum Teil des Problems. Von einem „globalen Schwelbrand“ spricht Karl-Heinz Roth. Dem Theoretiker zufolge befindet sich die Welt seit dem dritten Krisenjahr in deren vierter Phase: Nachdem die US-Hypotheken- und Finanzkrise (2007/08) weltweit auf die „Realwirtschaft“ übergegriffen hatte (2008/09), bremsten oder beendeten Konjunkturprogramme die Rezessionen (2009). Seither stellt sich die Frage, wie die öffentlichen Haushalte wieder ins Lot kommen sollen.

Europa oder nicht Europa...

Der Showdown auf europäischer Ebene begann am 6. Mai: Der Euro befand sich seit einer Woche auf „Talfahrt“. Dann stürzte die US-Börse aus ungeklärter Ursache ab. Die Kreditausreichung der Banken untereinander kam, wie nach der Lehman-Pleite 2008, ins Stocken. Weitere Euro-Länder mussten Zinsaufschläge hinnehmen. EZB-Chef Trichet sprach tags darauf von einer „systemischen und andauernden Krise“. Laut Bundeskanzlerin Merkel ging es um das „Primat der Politik“ und „die Stabilität des Euros“. Der französische Präsident Sarkozy führte am geschichtsträchtigen 8. Mai schließlich die „absolute Generalmobilmachung“ der Finanzpolitik Europas ins Felde und mahnte: „Der Euro ist Europa, und Europa ist der Frieden.“ Das Feuilleton, etwa in Gestalt von Jürgen Habermas, rief zum Erhalt der Europäischen Union und Idee auf.

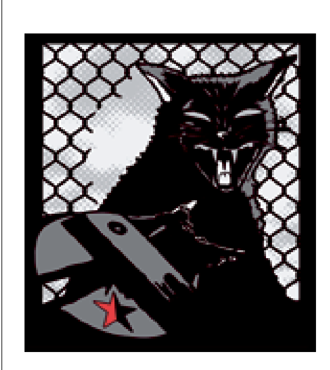
Die Debatte erinnert an diverse Börsenblasen der vergangenen Jahre. Denn bereits Anfang 2009 war über Austritte aus der Währungsunion spekuliert worden. Die meisten Ökonomen, so die Financial Times Deutschland, sehen einen solchen Schritt jedoch als „sehr unwahrscheinlich“ an: zu aufwendig, zu teuer, zu risikoreich. Nun aber war sogar von einem „Auseinanderbrechen der Währungsunion“ die Rede! Ein großer Bluff. Als würde die deutsche Wirtschaft, die hohe Im- und Exportraten an die Euro-Zone binden, nicht vom Wegfall der Wechselkursschwankungen profitieren. Nein, im Vordergrund stand ein Ressentiment: „Schon wieder muss Deutschland blechen.“ Gar Inflationsängste, seit den 1920ern ein spezielles deutsches Trauma, wurden geschürt. In der allgemeinen Sehnsucht nach der guten „harten“ D-Mark drückt sich vielleicht nur ein Wunsch aus: Wohlstand ohne Kampf, zumindest einmal im Jahr an der Adria oder auf Malle.

Heraus kam ein Kreditfonds für defizitäre Staatshaushalte der Euro-Länder. Notfalls sollen bis zu 750 Mrd. Euro bereitgestellt werden, und 110 Mrd. für Griechenland. Außerdem kauft die EZB selbst geringbewertete Staatsanleihen. Das Wichtigste aber ist Punkt drei: die „Haushaltskonsolidierung“. Die griechische Regierung verpflichtet sich nicht nur zu Transparenz gegenüber der EU, sondern auch auf eine Zielmarke: Von 13% auf 3% Defizit bis 2014. Spanien, Italien, Frankreich, alle ziehen mit. Für die deutsche Regierungsposition offiziell ein Eins zu Eins: Griechenland wird gerettet, und die deutsche Sparwut wird zur EU-Doktrin erhoben.

Auffallend ist, dass die real existierende Möglichkeit eines „Staatsbankrotts“ nicht ernstlich in Erwägung gezogen wurde. Eine historische Ausnahmeerscheinung wäre dieser nicht. Letztlich ist das Ganze nämlich gar nicht so dramatisch, wie es sich anhört.

Fortsetzung auf Seite 9

Catwalk



Wie im Kindergarten

Die CNT-F kämpft seit nunmehr vier Monaten für die Wiedereinstellung von drei GenossInnen beim privaten Kita-Träger „People & Baby“. Sie wurden nach einem Streik der dortigen CNT-Gewerkschaftssektion gefeuert. Weitere CNT-GenossInnen bei der Einrichtung befinden sich im Solidaritätsstreik.

Wie ihr die kämpfenden GenossInnen unterstützen könnt, erfahrt ihr auf: www.peopleandbaby-enlutte.over-blog.com sowie www.fau.org.



Auf nach Oberhausen!

Die 1. Libertäre Medienmesse im Ruhrgebiet findet vom 3. bis 5. September 2010 im „Druckluft“ Oberhausen statt. Drei Messetage mit Projektvorstellungen, Lesungen, Kultur, Veranstaltungen zum Infos austauschen, Leute treffen und Pläne schmieden.

Programm und Infos gibt es auf der Homepage www.limesse.de. Wir sehen uns am Stand der *Direkten Aktion!*

Kauf Dich glücklich!

Lange Zeit war die Ukraine für Mitteleuropa hinter dem „Eisernen Vorhang“ verborgen. Erst die sog. „Orangene Revolution“ im Winter 2004 sorgte dafür, dass die politischen Verhältnisse in der Ukraine bei uns wieder größeren Raum einnahmen. Ein politisches Lesebuch schlägt noch einmal die hoffnungsvollen und ermutigenden Kapitel in der Vergangenheit und Gegenwart des Landes auf, verschweigt dabei auch die dunklen Seiten in seiner Historie nicht. Auf dem Weg zur Emanzipation der Menschheit lohnt es sich jedenfalls, einen Blick auf die bewegende Geschichte der Ukraine zu richten, um aus dem lang anhaltenden Kampf um egalitäre Verhältnisse – aber auch den bitteren Niederlagen – zu lernen.



Roman Danyluk: „Freiheit und Gerechtigkeit. Die Geschichte der Ukraine aus libertärer Sicht.“ 210 Seiten für 11 Euro. Verlag Edition AV, Lich 2010. ISBN 978-3-86841-029-7

FAU-Ticker

Während sich weltweit Millionen von Menschen in Kirchen zusammenrotteten, um eines der hartnäckigsten Gerüchte der Menschheitsgeschichte aufzuwärmen, trafen sich Delegierte aus 20 Orten am Pfingstwochenende zum jährlichen FAU-Kongress in Dörverden. Wichtige Themen waren u.a. der Kampf um Gewerkschaftsfreiheit und zunehmende Zensurversuche gegen kritische Berichterstattung im Internet. +++ Der FAU-Kongress solidarisierte sich einstimmig mit den von Gewerkschaftsausschluss bedrohten IG Metall-Mitgliedern, die in kämpferischen „Alternative"-Gruppen aktiv sind, sowie mit der angeblich wegen einer Bagatelle entlassenen Kassiererin Emmely (siehe Seite 5). +++ Die Geschäftskommission der FAU wechselte von Münster nach Frankfurt am Main. +++ Das Regionaltreffen Süd nahm ein neues Syndikat aus Marburg auf. +++ FAU und ASJ Berlin beteiligten sich an dem Bündnis „Niemand ist Vergessen" zum Gedenken an den vor zehn Jahren ermordeten Sozialhilfeempfänger Dieter Eich. Das Bündnis setzte sich in Veranstaltungen mit den Themenfeldern Arbeit(-skritik), Antifaschismus, marginalisiertem Gedenken und Leistungsterror auseinander, organisierte mehrere Veranstaltungen und erstellte einen Reader. An der Gedenkdemonstration in Berlin-Buch nahmen ca. 400 Personen teil. +++ Die FAU Braunschweig beteiligt sich am Projekt „Don't believe the hype!". Als Alternative zum nationalen Größenwahn finden und fanden während der WM zahlreiche politische und kulturelle Veranstaltungen in Braunschweig statt. +++ Die FAU Kassel veranstaltete im Juni ein Einführungsseminar zum kollektiven Arbeitsrecht, an dem auch GenossInnen aus Düsseldorf, Dortmund, Halle, Marburg und Nürnberg teilnahmen. Fortsetzungen sind angedacht. +++ Die FAU Freiburg organisierte im Frühjahr zwei Veranstaltungen und eine Kundgebung gegen Leiharbeit. Es gibt auch weiterhin monatliche Treffen zum Thema.



Für die 200ste Ausgabe der DA *haben wir uns etwas Besonderes ausgedacht: Wir wagen den Rückblick aus dem 22. Jahrhundert – augenzwinkernd, humoristisch und doch mit einem ernsten Unterton. Wie könnte gesellschaftliche Veränderung auf anarcho-syndikalistische Weise aussehen, wie wird ein Tellerwäscher zum Revolutionär und welche Rätsel erwarten uns auf diesem Weg? Eine Denksportaufgabe findet sich schon mal statt des üblichen Kreuzworträtsels auf der Letzten Seite. Ein Comic wiederum bringt euch nahe, wie sich die FAU im anstehende Jahrzehnt entwickeln könnte, während Erwin Werner erzählt, wie 2036 die Revolution in Meiningen ausbrach.*

Alles mal anders machen, so könnte auch das Motto dieser Ausgabe lauten. Der „Große Bruder" dreht den Spieß um und schaut einmal den „Bossen auf die Finger". Und der Paragrafendschungel verwandelt sich mit „Dr. Haller" in einen Wegweiser bei Problemen im Arbeitsalltag. Denn was immer Dich bewegt, er ist für Dich da – zumindest in dieser Ausgabe, in der wir einmalig etwas ausgleiten wollten. Wir hoffen, das Maß an Albernheit und Ernst wurde richtig dosiert.

Im Hintergrund *beschäftigt sich die* DA *mal mit sich selbst und bringt Diskussionen und Entwicklungsprozesse der letzten Jahrzehnte zusammen, auf dass wir auf dem Gelernten und Erlittenen aufbauen können, und damit die* DA *auch weiterhin einen erfrischend anderen Blick bietet auf die Welt, in der wir leben. Denn in der ganzen Misere sehen wir nach wie vor die Chance, mit direkter Aktion und Basisautonomie das Blut in der Chefetage in Wallung zu setzen – und vielleicht auch mehr.*

Diese Sichtweise wollen wir beibehalten, und wir bestehen dabei auch auf dem Willen der Leserschaft, anzustoßen, teilzunehmen und sich zu organisieren, um die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Hierfür kann die DA *auch in den nächsten 200 Ausgaben nur Sprachrohr sein und Hilfestellung bieten. Die Arbeit vor Ort und an der Basis liegt an Dir und Deinen KollegInnen.*

Auf uns!

Eure Redaktion BuG!

PS:
Wir danken unserem Hauszeichner „Findus" vielmals für die Umsetzung des Comics und die Illustrierung dieser Ausgabe!

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Ammerland ..... Kontakt über Bremen
Aurich............ Kontakt über Bremen
Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover .... FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel .... FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck .... Kontakt über Hamburg
Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Essen............. FAU Essen, <faue@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, Tel. (0251) 52 11 12, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Berlin .... FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Gransee.......... Kontakt über Berlin
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen....... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Plauen/Vogtland FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über FAU Südwestsachsen
Potsdam .... Kontakt über Berlin
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. FAU Aschaffenburg, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg, <fauab@fau.org>
Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 17 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Ilmenau .... Kontakt über Meiningen
Kassel........... FAU Kassel, <fauks@fau.org>, Offene Treffen: in allen geraden Kalenderwochen, montags 19.30 Uhr im Café Desasta an der Universität (Holländischer Platz), www.fau.org/kassel
Lich.............. FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............ Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg.......... <faumr@fau.org>
Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnengasse 5, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken.... FAU Saarbrücken, Postfach 10 10 04, 66010 Saarbrücken, <fausb@fau.org>
Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Suhl .... Kontakt über Meiningen
Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org>
Süd: Neustadt/Weinstraße <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Die Gewerkschaft, die ist da!

Die FAU Berlin gewinnt Prozess um Gewerkschaftsfreiheit. Ein Interview mit der „Verbots-AG"

Diese Runde hat das Babylon Mitte verloren. Am 10. Juni gewann die FAU Berlin in zweiter Instanz den Rechtsstreit mit dem Berliner Kino um die Frage, ob sie sich als Gewerkschaft oder Basisgewerkschaft bezeichnen darf. Der FAU Berlin war dies im vergangenen Dezember per einstweiliger Verfügung untersagt worden. Sie legte Widerspruch ein, doch in erster Instanz, vor dem Berliner Landgericht, war es dem Babylon Mitte gelungen, das Verbot der Selbstbezeichnung als Gewerkschaft bestätigen zu lassen. Der Richter des Berliner Kammergerichts jedoch war sich sicher, dass die Verfügung ein Eingriff in die Meinungsfreiheit darstellt, was sowohl die Geschäftsführung des „linken" Kinos als auch das Berliner Landgericht in kein gutes Licht rückt. Nach einem halben Jahr des Kampfes gegen das de-facto-Verbot und einer Welle der Solidarität im Ausland konnte die FAU Berlin die Sektkorken knallen lassen. Die DA *sprach mit einer für das Verbot zuständigen Arbeitsgruppe der FAU Berlin.*

Gratulation zunächst einmal. Hat sich mit diesem Erfolg auch die Verbots-AG selbst abgeschafft?

Rob: Verbots-AG ist tatsächlich die formell korrekte Bezeichnung. *Cool Kids* nennen uns jedoch das „Anti-Prohibition Team". Aber ja, wir werten derzeit nur noch unsere Arbeit aus und erledigen die letzten Aufgaben. Das Mandat der Arbeitsgruppe war zeitlich begrenzt auf den Zeitpunkt, bis das Verbot gekippt wurde. Wir haben unseren Beitrag zur Mission erfüllt.

Worin bestand euer Mandat genau?

Benny: Wir waren dafür zuständig, das Verfahren politisch zu flankieren. Mit der einstweiligen Verfügung gegen die FAU Berlin wurde endgültig klar, dass der Konflikt eine andere Ebene erreicht hatte, die über den betrieblichen Kampf im Babylon Mitte hinausging. Das machte ein arbeitsteiliges Konzept notwendig. Neben der betrieblichen Arbeit unserer Betriebsgruppe im Kino, kümmerte sich unser Sekretariat um die juristische Betreuung und wir uns halt um die politische Dimension der Angelegenheit. Das Ganze geschah in engen Absprachen. Die strategischen Leitlinien unserer AG und die personelle Besetzung wurden dabei auf Vollversammlungen festgelegt.

Die da wären?

Pablo: Erstmal ging es darum, den Fall zu skandalisieren sowie Öffentlichkeit und Solidarität herzustellen. Ein weiteres Ziel war es, die Prozesse so zu nutzen, dass wir öffentlichen Druck auf die Geschäftsführung des Kinos zurückleiten, um unsere Leute im Betrieb zu stärken, aber auch, dass wir unserer Organisation Rückenwind verschaffen. Für die damit verbundenen Aufgaben wurden vier bis fünf verantwortliche Personen in die AG gewählt. Andere, wie zum Beispiel ich, arbeiten unverbindlich mit.



Kundgebung nach dem Urteil beim Kammergericht Berlin am 10.6.2010

Wie sahen die Aufgaben konkret aus?

Jens: Da gab es verschiedene Felder, z.B. die Informationspolitik: Materialien erstellen, die Webpräsenz pflegen und die Korrespondenz mit zahlreichen Gruppen im In- und Ausland. Dann machten wir noch aktive Bündnisarbeit und waren auch für die aktionistischen Sachen zuständig. So organisierten wir Aktionen in Berlin, wie die Demonstration im Februar, oder bereiteten den internationalen Aktionstag vor. Es lässt sich gar nicht alles aufzählen, was wir im letzten halben Jahr gemacht haben.

Seid ihr zufrieden mit eurer Arbeit?

Florian: Man hätte sicherlich einiges besser machen können, auch wenn wir uns den Arsch nur in unserer Freizeit aufreißen. Mit der öffentlichen Resonanz sind wir relativ zufrieden, und die internationale Solidarität war überwältigend. Das Echo und die Solidarisierung in Deutschland waren dagegen etwas enttäuschend. Gut, dass wir da auf die Bundes-FAU und die ASJ zählen können. Auch dem Soli-Komitee für Gewerkschaftsfreiheit und der NEA sind wir zu Dank verpflichtet. Im Großen und Ganzen scheinen sich hierzulande noch zu wenige über die Bedeutung gewerkschaftlicher Kämpfe bewusst zu sein. Aber der Klassenkampf von oben und positive Beispiele der Gegenwehr von unten werden wohl auch in Deutschland zu einer Trendwende führen. Wir sind zuversichtlich, dass wir alle zukünftig auf mehr Unterstützung in einer stärker werdenden Bewegung zählen können.

Wie heikel war es, auf die Gerichte zu vertrauen?

Benny (lacht): Welches Vertrauen? Sie sind gegen uns juristisch vorgegangen. Wir haben die Urteile nur nicht akzeptiert. Zu prozessieren, ist da eigentlich alternativlos. Außerdem ist rechtlich ja durchaus etwas möglich. Das wäre es ja noch: auf die wenigen Rechte auch noch selbst zu verzichten. Da schenken wir denen doch nichts!

Holger: Natürlich darf man sich da keine Illusionen machen. Aber selbst wenn wir chancenlos wären, auch die alten AnarchistInnen wussten schon, dass man Prozesse politisch nutzen muss. Diese nicht zu führen, bedeutet also auch, darauf zu verzichten, unsere Organisation und unsere Kämpfe bekannter zu machen. Das lässt sich nicht mit Geld bezahlen.


spontane Kundgebung nach dem Urteil beim Kino Babylon Mitte

Aber hätte man das nicht im Betrieb durchsetzen können oder sollen?

Pablo: Zur Betriebsarbeit steht das nicht im Widerspruch, allein schon weil das Öffentliche eine wichtige Rolle spielt bei einem Kampf in einer halbkommunalen Einrichtung. Da führen wir ja auch Druck zurück. Natürlich wäre es uns lieber, wir würden die Bosse direkt zu unserer Anerkennung zwingen. Aber da sind die Kräftekonstellationen andere. Unsere Betriebsgruppen gehen schon so weit wie so können.

Rob: Was hätte es genutzt, bestimmte radikale Aktionen durchführen, wir aber die Konsequenzen nicht auffangen können? Außerdem bedarf es ja auch der Leute, die dazu willig sind und die Gefahren kennen. Dieses Selbstbewusstsein entsteht in den Kämpfen und Organisierungsprozessen. Das müssen wir aufbauen, das kann man nicht herbeireden. Bestimmte Entwicklungsstufen werden wir nicht überspringen, indem wir am lautesten die radikalsten Phrasen schreien.

Was hat das dann mit direkter Aktion zu tun?

Holger: Man muss eben schauen, wie weit man momentan gehen kann. Umso größer wir sind, umso mehr Risiken können wir auffangen. Klar, das Ziel muss in den Mitteln enthalten sein. Damit meinen wir erstmal unsere basisdemokratische Organisation. Nicht jede Aktion muss aber gleich alles in Frage stellen. Die Mittel heilig zu sprechen, bringt uns ebenso wenig wie das Prinzip des „Mittels zum Zweck". Das wäre ja Fundamentalismus. Das bringt uns zwar Pluspunkte beim heiligen Bakunin, führt uns aber nicht aus dem Elend. Was hat der unbefleckte Anarchosyndikalist von seinen Idealen, wenn er allein bleibt und nirgends Wirkungsmacht entfaltet? Im Endeffekt bewirkt er dann noch weniger als ein Reformist. Da müssen wir uns wieder den gesunden Pragmatismus des alten Anarchosyndikalismus aneignen und ihn auf die heutigen Bedingungen anwenden. In anderen Kämpfen mögen die Bedingungen schon wieder anders ausschauen und werden wir größere Schritte gehen können.

Also, was steht an?

Jens: Weiterhin gilt es, unsere Betriebsgruppe im Babylon zu unterstützen. Unsere Präsenz in anderen Betrieben bauen wir gerade aus. Die FAU Berlin ist auf einem guten Weg und wird sicherlich mit weiteren Konflikten von sich reden machen. Das jetzige Urteil war wichtig, aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer noch die Frage der Tariffähigkeit im Raum steht. Im Babylon zumindest sind uns die Hände weitestgehend gebunden. Unsere Rechte als Gewerkschaft müssen wir uns Stück für Stück erkämpfen. Und wir lernen noch – aber schnell.

Und für die Zukunft?

Florian: Organisierung bleibt die Voraussetzung gesellschaftlichen Wandels. Unsere Organisation ist da noch ein zartes Pflänzchen. Babylon ist ein erster wichtiger Schritt, er sollte aber nicht überschätzt werden. Da gilt es, am Ball zu bleiben. Es gibt einflussreiche gesellschaftliche Kräfte, die kein Interesse daran haben, dass sich eine syndikalistische Gewerkschaft auch hierzulande etabliert. Dies durchzusetzen, wird kein Selbstläufer sein. Aber ich denke, die Notwendigkeit, auf ein solches Werkzeug zurückzugreifen, wird immer offensichtlicher.

Vielen Dank und weiterhin viel Erfolg!

Kolumne Durruti



Menschen sind widersprüchlich. Das liegt in ihrer Natur und ist an sich nicht weiter tragisch. Aber es ist auch nicht immer leicht zu ertragen, und noch schwerer zu verstehen, zumal dann, wenn sie sich wegen eines vermeintlich nichtigen Anlasses in rohe Geschöpfe verwandeln, gleichsam erschreckend wie bemitleidenswert. So wie dieser Tage, da Abermillionen sich zu Fähnchen schwingenden, Plastiktröten blasenden Lästlingen entwickeln, ergriffen von einer der eigentümlichsten Nebenwirkung der menschlichen Kultur: dem Nationalgefühl.

Es ist ja nicht so, dass ich grundsätzlich etwas gegen Fähnchenschwingen und Anfeuerungsrufe hätte; für meinen Fußballclub übe ich mich selbst alle 14 Tage darin. Aber bei jenen Massen, die der Auswahl ihres Staates die Daumen drücken, handelt es sich gerade nicht um erprobte, leidenschaftliche Fußballfans, sondern um bloße Amateure.

Bei einer Reise durch die Schweiz während der Europameisterschaft 2008 musste ich mitansehen, wie deutsche Schlachtenbummler alles karikierten, wofür Fan-Initiativen seit Jahrzehnten kämpfen. Schwer betrunken lungerten sie am Basler Bahnhof und übten sich in Liedern und Gesängen, die sie in einer Sportübertragung im Rundfunk aufgeschnappt haben dürften, und dichteten sie auf „Deutschland" um, ohne den kleinsten Gedanken an einen möglichen Sinn zu verschwenden.

Der Slogan „Wir sind XY-ler und ihr nicht!" beispielsweise stellt kein sinnfreies Blablabla dar, mit dem Fußballfans Außenstehenden zu verstehen geben wollen, bei einem Pegel über zwei Promille angekommen zu sein, sondern brandmarkt Teile des eigenen Vereins, z.B. die eigene Mannschaft nach einem schlechten Spiel, als „Verräter".

Als vor dem Hauptbahnhof Basel nun eine Gruppe niederländischer Fans in niederländischen Trikots mit Fahnen der Niederlande auftauchten, wurden sie von der Gruppe deutscher Fans nicht einfach bepöbelt, sondern mit einem rätselhaften „Wir sind Deutsche und ihr nicht!" empfangen. Verwirrt verwiesen die Oranjes auf die niederländische Fahne, den Schriftzug „Neederland" auf ihren Trikots usw., einer sagte gar in bestem Deutsch: „Ja, ich weiß" – ohne Erfolg, die Deutschen sangen es weiter.

Oder nehmen wir meinen irischstämmigen Bekannten aus London. Wie oft hatte er mir gegenüber über seine Familie geklagt, wie furchtbar er den Nationalismus seines Vaters fände, wie sehr er den ganzen Irlandkitsch verabscheue, dass er es seinen Eltern nie verzeihen werde, dass sie ihn in jeden Ferien zur Oma nach Irland verschickt hatten, während er von Italien träumte, und dass überhaupt das Allerschlimmste die katholische Kirche, der Papst und Religion an sich seien. Und dann spielt Frankreich gegen Irland, und er steht fingernägelkauend vor dem Fernsehgerät, bekreuzigt sich fortwährend, betet abwechselnd Vaterunser und Avemarias, um das Ausscheiden in der WM-Qualifikation als Anlass zu nehmen, sich allen guten Vorsätzen entgegen in der nächstbesten Spelunke besinnungslos zu trinken, und das drei Abende hintereinander.

Ich weiß, man muss nicht alles verstehen, und manchmal sollte ich vielleicht wirklich gelassener werden. Aber als wir dem Fahrkartenverkäufer in Basel überrascht erklärten: ach, der Intercity kostet in der Schweiz gar keinen Zuschlag, in Deutschland müsse man für alles Zuschlag bezahlen, und dieser daraufhin mit verdrehten Augen antwortete: „Ja ja, ich weiß schon, in Deutschland ist alles besser" – da wusste ich, wodurch er Schaden genommen hatte.

Matthias Seiffert

TERMINE

☞Aachen
So. 18. Juli, 12.30 Uhr
Welthaus, An der Schanz 1
Film: Noam Chomsky on Anarchism
Noam Chomsky redet mit Barry Pateman von den „Emma Goldman Archives" über den Anarchismus. In einem entspannten und persönlichen Austausch erläutert Professor Chomsky die anarchistischen Prinzipien, die ihn leiten, seitdem er ein Teenager war. Auf Englisch, ca. 60 Min.

☞Berlin
Di. 27. Juli, 19.00 Uhr
Kino Lichtblick, Kastanienallee 77
Film: Babylon System
Prekäre Organisierung mit Vorführ-Effekt. Film über den Arbeitskampf im Babylon in Anwesenheit der Filmemacher sowie Gewerkschaftern aus dem Betrieb.

☞Braunschweig
Di. 6. Juli, 19.30 Uhr
Kultur- und Wohnprojekt Nexus, Frankfurter Str. 253
Film: Ende der Vertretung – Emmely und der Streik im Einzelhandel
Zu Wort kommen Frauen, die seit Jahrzehnten im Einzelhandel arbeiten. Viele streiken zum ersten Mal in ihrem Leben. Oft sind sie alleinerziehend, in Teilzeit und mit so wenig Lohn, dass sie sich ihr Essen „bei der Familie zusammensuchen" müssen. Manchen wird ihr Engagement im Streik zum Verhängnis, Emmely zum Beispiel. Nachdem sie in ihrer Kaiser's-Filiale den Streik organisiert hatte, wird ihr unter einem Vorwand fristlos gekündigt. KanalB, 2009, 56 Min.

☞Düsseldorf
Mi. 14. Juli, 20.00 Uhr
Kulturcafé Solaris 53 e.V., Kopernikusstr. 53
Schwarz-Roter-Tresen
„Treffen, Trinken, Theorie ... und mehr" oder „Nichts muss – alles kann". Bei einem Bier und netter Musik neue Leute kennenzulernen oder alte Bekannte wiederzutreffen. Der Eintritt ist frei, die Preise sind niedrig und Spenden für unsere Arbeit immer willkommen.

☞Freiburg
Jeden Freitag, 18.00 Uhr
Infoladen, Gartenstr. 19
Anarchosyndikalistische Kneipe
Schon wieder eine harte Woche im kapitalistischen Wahn- und Irrsinn gehabt und gerade so über die Runden gekommen? Dann lasst euren Frust und Wut raus und kommt vorbei. Denn: Alles muss man selber machen!

Weitere Termine im Internet: www.direkteaktion.org/termine

Wohlstand durch Verzicht?

Deutschland drückt die Einkommen der Masse, um andere Länder niederkonkurrieren zu können. Die Gewerkschaften tragen diese nationalistische Wirtschaftspolitik mit

Zahlen, bitte!

Einsame Spitze

Die Staatsverschuldung Japans lag 2009 laut OECD bei 193% der jährlichen Wirtschaftsleistung. Ein Anstieg von fast 30% binnen zwei Jahren. Tendenz steigend. In der zweiten Griechenland-Flucht Mitte Juni galten japanische Anlagen dennoch als „sicherer Hafen". Anscheinend ist das strukturelle Defizit doch nicht das Maß aller Dinge.

GM will Opel ohne Staatshilfe sanieren

Nach monatelangem Tauziehen zog Generals Motors im Juni überraschend alle Anträge auf Bürgschaften in Europa zurück. Man wolle den Opel-Konzern nun ohne staatliche Hilfe sanieren. Dazu würde man sich wie geplant an einen Wachstumsplan halten, der neben Neuinvestitionen auch die Werksschließung im belgischen Antwerpen, den Abbau von 8.300 der 48.000 Arbeitsplätze sowie Lohnkürzungen vorsieht. Darauf hatten sich zuvor u.a. IG Metall, Betriebsrat und Konzernleitung geeinigt. (AL)

Verharmlosende DIW-Studie

In Folge einer Langzeiterhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beklagten *Spiegel* und Co. ein rapides Auseinanderdriften von Arm und Reich und die Erosion der Mittelschicht in Deutschland. Tatsächlich aber verharmlost die Studie mit ihrem Fokus auf die Mittelschicht die Polarisierungsdynamik der letzten zehn Jahre noch und verschleiert die außerordentliche Vervielfachung des Einkommens einer noch viel kleineren Gruppe von Superreichen.

So erscheint der Umstand geradezu nivelliert, dass die oberste 1 Prozent der Bevölkerung ganze 23 Prozent des gesellschaftlichen Reichtums vereinigen, während die ärmeren 70 Prozent lediglich neun Prozent allen Vermögens besitzen, wie eine Studie, ebenfalls des DIW, im Jahr 2007 feststellte. (AL)

Wer während der deutschen Hetze gegen die „Pleite-Griechen" zwischen den Zeilen las, konnte die implizite Botschaft an die eigene Bevölkerung nicht übersehen. Die Griechen, gleich einem „Volkskörper", müssten als Kollektiv zusammenstehen, die verursachte Schuldenmisere gemeinsam ausbaden und dafür Opfer bringen; Proteste und Streiks seien da nur kontraproduktiv – ein etwas schräger Appell zur Solidarität der Armen mit den Reichen, mit dem auch gleich die hiesige Bevölkerung mental auf ein Sparszenario vorbereitet werden sollte. Bis es auch bei uns soweit ist, sollte jeder wissen, dass Stillhalten und Verzicht das Gebot der Stunde sind.

Ganz ohne Aufregung konnte die Bundesregierung dann aber doch nicht das geplante Sparpaket (im Umfang von 80 Mrd. Euro in vier Jahren ab 2011) verkaufen, das Anfang Juni vorgestellt wurde. Es sei einseitig, treffe vorwiegend die mittleren Einkommen und sozial Schwachen, und diejenigen, die gemeinhin als Verantwortliche der Krise gelten, müssten kaum in die Tasche greifen, war hier und da in den Medien zu hören. Das Sparpaket würde den vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ausgemachten Trend, dass Deutschland die Mittelschicht wegbröckele, nur verstärken; ein politischer Extremismus der Mitte und politische Instabilität seien die Folge. Schon zuvor hatte der *Spiegel* „harte Verteilungskämpfe" in Deutschland prophezeit. Kommen da etwa lebendige Zeiten auf die Bundesrepublik zu?

Der geringste Widerstand

Aus dem Spardiktat allein dürften derlei Kämpfe sicher nicht erwachsen. Denn das wurde von der Bundesregierung bewusst so strukturiert, dass sie sich quasi an den Protesten vorbeisparen würde. Es trifft vor allem die, die ohnehin am wenigsten Widerstand leisten können: die Erwerbslosen und Prekären – mit der Streichung des Elterngelds, Ermessens- statt Pflichtleistungen, Rentensenkung für Langzeitarbeitslose, Streichung der Heizkostenzuschüsse usw. usf. Vor allem bei den Erwerbslosen den Rotstift anzusetzen, hatte zuvor Arbeitgeberpräsident Hundt gefordert. Er bekam, was er wollte. Und eine Verfassungsänderung, die das verfassungswidrige Regiment der Bundesarbeitsagentur wieder rechtskonform macht, lieferte die Regierung gleich mit. Jetzt sollen die Erwerbslosen noch stärker bluten, als ob die zuletzt festgestellten psychischen Erkrankungen und der schlechte Gesundheitszustand vieler Erwerbsloser sich noch steigern ließen. Ohne Frage, das Feindbild des Sozialschmarotzers eignet sich auch heute noch perfekt, um von den eigentlichen Schweinereien abzulenken.

Es wäre mitunter die Aufgabe der Gewerkschaften, organisierte Arbeitermacht zur Abwehr solch reaktionärer Sozialpolitik ins Feld zu führen. Doch wie schon bei der Agenda 2010 verweigern sie glatt ihren Job – trotz aller Protestrhetorik. Sie streiken einfach: gegen die Armen. Und selbst in den Betrieben nehmen sie ihre Rolle als Widersacher des Kapitals nicht mehr wahr. Neuestes Beispiel: Opel. Um vermeintlich einen Großteil der Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern, gibt man dort die Zusage, in den nächsten fünf Jahren auf Löhne, Urlaubs- und Weihnachtsgelder in Höhe von über einer Milliarde Euro zu verzichten. Zum ersten Mal werden damit bei einem großen Autobauer in Deutschland die Einkommen für einen längeren Zeitraum unter den Flächentarif gesenkt, und das in einer der verbliebenen „Hochburgen" der Gewerkschaften.

Wie schon bei der Agenda 2010 verweigern die Gewerkschaften glatt ihren Job – trotz alles Protestrhetorik. Sie streiken einfach: gegen die Armen.

Verzichtskonkurrenz

Der Fall Opel ist symptomatisch für die Logik der deutschen Gewerkschaften in der Krise. Hatte man vor wenigen Jahren – nach einer bescheidenen Serie kämpferischer Streiks, unter anderem bei Opel – noch den Eindruck, die hiesige Zurückhaltungstradition könnte ein Stück weit aufbrechen, scheint dieses zarte Pflänzchen fast schon wieder erstickt. Co-Management und Verzichtsbereitschaft blühen seitdem erst so richtig auf. Die Gewerkschaften hoffen, gesamtwirtschaftliche Negativeffekte auffangen und zumindest das Beschäftigungsniveau für ihre Klientel stabil halten zu können. Die Ratio eines gelben Werkvereins, sich dem Wohl des Betriebs unterzuordnen, wird dabei auf ein ganzes Land, die Betriebsgemeinschaft, angewendet. Und dieses Kalkül ist insofern schlüssig, als die Standorte anderer Länder dadurch ins Hintertreffen geraten, wenn deren ArbeiterInnen und Gewerkschaften nicht ganz so duckmäuserisch sind.

Wer sich von seinem Dumpinglohn nicht mehr ernähren kann, genießt als Gewerkschaftsmitglied immerhin ein kleines Privileg. Die ganz Schwachen müssen sich freilich mit noch weniger zufrieden geben. (Foto: S. Scholz)

Deutschland setzt auf Verzichtskonkurrenz, und kommt so (zumindest vorübergehend) relativ glimpflich durch die Krise – wobei die ArbeiterInnen anderer Länder gleich mit unter Druck gesetzt werden. Die Wirtschaftsprüfungsfirma Ernst&Young stellte unlängst fest, dass Deutschland sich in der Krise zum attraktivsten europäischen Wirtschaftsstandort für internationale Topmanager gemausert habe. Denn hier seien die Verhältnisse am stabilsten, sei das „Investitionsklima" wegen geringer Streikquoten und niedriger Löhne attraktiver als in den anderen Ländern. Die Gewerkschaften tragen diese nationalfokussierte Wirtschaftspolitik mit, ganz so, als wäre das 20. Jahrhundert komplett an ihnen vorbeigegangen, als hätte man nichts aus der nationalen Spaltung der Arbeiterbewegung gelernt. Nach dem DGB-Kongress Mitte Mai, der den sozialpartnerschaftlichen Kuschelkurs nochmals bestätigte, und nun auch der Fraternisierung mit den Arbeitgebern zur Einschränkung des Streikrechts (siehe „Unheilige Allianz" auf Seite 7) besteht keine Hoffnung auf Besserung.

Nationalistische Gewerkschaftspolitik

Dabei steht die Politik der Bundesregierung und der deutschen Gewerkschaften auch international unter Beschuss. Das französische Wirtschaftsministerium appelliert dringend an die Bundesregierung, die einseitige Exportorientierung und die permanente Absenkung der Lohnquote zu beenden. Dem schloss sich nicht nur die US-Administration an, sondern sogar der Internationale Währungsfonds, der ein Ende des deutschen Egoismus forderte, mit Niedriglöhnen den Rest Europas auf dem Exportmarkt niederzukonkurrieren. Tatsächlich: In Deutschland lag der Lohnzuwachs zwischen 1995 und 2006 bei gerade mal 9% – das bedeutet einen Reallohnverlust (von 2000 bis 2008 um 0,8%). In demselben Zeitraum stiegen die französischen Löhne um 49%, die in Großbritannien um 128%. Während die Inlandsnachfrage in diesen beiden Ländern simultan um 29% bzw. 43% angehoben wurde, stieg sie in Deutschland nur um 9%.

Die Bundesrepublik setzte im letzten Jahrzehnt alles auf den Export. In der internationalen Konkurrenz ging das eben nur mit der Reduzierung der Lohnstückkosten, durch Reallohnkürzung eben – verwirklicht auch durch die Gewerkschaften, die die Streiktage und Lohnforderungen so niedrig halten wie in kaum einem anderen Land. Diesen Kurs setzt man in der Krise unerbittlich fort. Dadurch wird nicht nur die deutsche Lohnarbeiterschaft weiter prekarisiert und die Binnennachfrage bzw. Kaufkraft zerstört; zahlreiche Ökonomen warnen auch, dass das deutsche Sparpaket jeden Aufschwung in Europa gefährden würde. Und letztendlich werden damit auch die ArbeiterInnen in anderen Ländern dank Sachzwang zum Verzicht gebracht. So gibt der US-amerikanische Nobelpreisträger für Wirtschaft, Paul Krugman an, dass etwa Griechenland und Spanien ihre Löhne um 30% senken müssten, um wieder mit Deutschland mithalten zu können.

Gewerkschaft oder Korporation?

Die *New York Times* befand neulich, dass sich Deutschland in der Krise „nationalistischen Illusionen" zuwenden würde. Gewerkschaften, die solch einer Wirtschaftspolitik die Rückendeckung geben, müssen als eben das bezeichnet werden: als nationalistisch. Während der DGB hierzulande heuchlerisch von der Einheit der ArbeiterInnen spricht, hat er auf internationaler Ebene schon längst dutzende Keile zwischen sie getrieben und sie in eine Elendskonkurrenz zueinander gesetzt.

Wenn die Teppichetagen nun davor warnen, eine rücksichtslose Lohnpolitik gefährde die Wirtschaft und damit das Wohl aller, dann irren sie sich in zweifacher Hinsicht. Zum einen ist ihre volkswirtschaftliche Analyse selbst unter realpolitischen Vorzeichen schieflastig: Mit ihrer Verzichtslogik verstärken sie das Außenhandelsdefizit und pflanzen damit nur den Keim für die nächste Krise. Jeglicher Vorteil für die deutsche „Volkswirtschaft" verpufft spätestens dann, wenn unter dem selbst erzeugten Druck auch in den anderen Ländern der Lohnverzicht einsetzt und die Binnennachfrage zusammenbricht. Zum anderen löst Bescheidenheit keine Wirtschaftskrise. Wenn die kapitalistische Wirtschaft stockt, dann läge es in der Verantwortung der Gewerkschaften, die Systemfrage zu stellen. Denn wenn eine offensive Lohnpolitik tatsächlich dazu führen würde, dass Beschäftigungs- und Produktionsniveau zusammenbrechen, dann ist die Notwendigkeit, die Gesellschaft nach anderen Wirtschaftsformen zu reorganisieren, offensichtlich. Das Mindeste wäre es, durch Verteilungskämpfe den Staatsbankrott zu erzwingen. Dann wäre dem Slogan „Wir zahlen nicht für eure Krise!" immerhin Genüge getan.

Holger Marcks

VOM TELLERWÄSCHER ZUM REVOLUTIONÄR

A BUG PRODUCTION

FÜR CHRISTOPH

ES WAR 2017: DIE ROT-ROTE KALITION UNTER BUNDESKANZLER KLAUS WOWEREIT FÜHRTE SEIT JAHREN DAS KRISENMANAGEMENT DER 2011 GESCHEITERTEN MERKEL-REGIERUNG FORT. DER DGB HALF BEIM BURGFRIEDEN MIT, UM SOZIALE UNRUHEN ZU VERMEIDEN. ABER EINE WACHSENDE MINDERHEIT VON ANARCHOSYNDIKALISTEN ORGANISIERTE ZUNEHMEND DIE GEGENWEHR IN DEN BETRIEBEN. DIE FAU MACHTE MIT SPANNENDEN KÄMPFEN VON SICH REDEN UND ZOG IMMER MEHR MENSCHEN IN DEN BANN. AUCH ICH WURDE DAMALS, ALS SICH DER AUFSTIEG DES SYNDIKALISMUS IN DEUTSCHLAND VOLLZOG, EIN FREUND DER DIREKTEN AKTION. DAVON MÖCHTE ICH EUCH ERZÄHLEN.

Emmely darf wieder an die Kasse

Kassiererin gewinnt Prozess gegen Einzelhandelskonzern Kaiser's Tengelmann



„Ich bin total überwältigt", strahlt Emmely noch immer nach Worten ringend. Sie habe immer an Gerechtigkeit geglaubt, sagt sie den Journalisten, die sie vor dem Erfurter Gericht umringen.

Nach zwei verlorenen Instanzen gewann die Berliner Kassiererin schließlich am 10.6.2010 die Kündigungsschutzklage vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt. Die Kündigung sei unwirksam, so das Gericht. Nach 31 Jahren Betriebszugehörigkeit habe ein Vertrauensverhältnis bestanden, das nicht durch eine einmalige Verfehlung zerstört werden könne, argumentierte der Vorsitzende Richter Burghard Kreft. In diesem Fall hätte es eine Abmahnung, jedoch keine fristlose Kündigung geben dürfen.

Emmely war im Sommer 2008 nach 31 Jahren Betriebszugehörigkeit von Kaiser´s fristlos gekündigt worden. Man warf ihr vor, zwei Pfandbons im Wert von 1,30 Euro unrechtmäßig eingelöst zu haben. Emmely selbst bestritt dies stets. Die aus dem Strafrecht bekannte Unschuldsvermutung hat im Arbeitsrecht übrigens keine Wirkung.

Unter dem Motto „Solidarität mit den Emmelys dieser Welt" rief die Unterstützergruppe der ehemaligen Kaiser's-Kassiererin fast zwei Jahre lang zum Protest gegen Verdachts- und Bagatellkündigungen auf. Nachdem Emmely die von ver.di für sie ausgehandelten Einigungen ausgeschlagen hatte, gründete sich 2009 das Komitee „Solidarität mit Emmely", das ihr half, den juristischen Weg auch ohne Hilfe der Gewerkschaft bis zum Ende zu gehen. „Alleine ist so etwas sicher nicht zu leisten", räumt Jörg Nowak vom Komitee ein.

Erstmals 1984 hatten Bundesrichter klargestellt, dass selbst der unerlaubte Verzehr eines Stück Kuchens Grund für eine Kündigung sein kann. Dabei ginge es gar nicht so sehr um die Schwere der Tat, sondern um den „Vertrauensverlust", den der Arbeitgeber durch den Eingriff in sein Eigentum erleide. Es sei ihm nicht mehr zuzumuten, das Beschäftigungsverhältnis aufrechtzuerhalten, erklärte man.

Nachdem das Landesarbeitsgericht Berlin im Februar 2009, dieser Argumentation folgend, feststellte, dass Emmely zurecht gekündigt worden sei, überschlugen sich die Reaktionen in der Öffentlichkeit. Wolfgang Thierse bezeichnete das Urteil als „barbarisch" und „asozial" – der Fall bekam bundesweite Bedeutung. Auch in der Bevölkerung herrschte Unverständnis über dieses harte und gnadenlose Urteil. Einer Emnid-Umfrage zufolge empfanden damals 69% der Bevölkerung das Urteil als ungerecht. Bei Befragten der unteren Einkommensklassen waren es sogar weit mehr.

In der Tat sind Besserverdienende von Verdachtskündigungen meist nicht betroffen. Umgekehrt gilt: Je prekärer desto gefährdeter.

Dass von Verdachtskündigungen besonders häufig auch unbequeme Arbeitnehmer und besonders Frauen betroffen sind, ist ebenfalls kein Zufall. Auch im Fall von Emmely ist das zutreffend. Als ver.di im Jahr 2007 die Warnstreiks im Einzelhandel organisierte, war Emmely zuletzt die Einzige, die in ihrer Filiale in Berlin-Hohenschönhausen die Arbeit niederlegte. Eine Tatsache, die, wie der Betriebsrat von Kaiser's später behauptete, keinerlei Zusammenhang zur späteren Kündigung aufweise.

„Verdachtskündigungen wegen Diebstahls sind ein gängiges Mittel, um unliebsame Beschäftigte loszuwerden. Dies passiert vor allem in Branchen, in denen das Unterordnungsverhältnis besonders ausgeprägt ist," entgegnet Industriesoziologin Ingrid Artus.

Mit dem nun gesprochenen Urteil erschwert es das Bundesarbeitsgericht den Arbeitgebern deutlich, Arbeitnehmer wegen Bagatelldelikten fristlos zu kündigen. „Die Gerichte haben sich aber nur soweit bewegt, wie sie eben mussten. Das ist ein Riesenschritt für die Rechtsprechung und ein großer Erfolg für uns. Trotzdem bleibt das Urteil hinter vielen wichtigen Forderungen zurück," bewertet Jörg Nowak das Urteil.

Zwar gaben die Bundesrichter der Kündigungsschutzklage der Kassiererin in diesem Fall statt, das Bundesarbeitsgericht bleibt jedoch im Kern bei seiner Rechtsprechung. Bagatelldelikte können demnach auch weiterhin ein Kündigungsgrund sein. Das Gericht sprach sich bei Kündigungen wegen Kleindiebstählen sogar gegen sogenannte Bagatellgrenzen aus.

Emmely hatte stets angekündigt, bei Rücknahme der Kündigung wieder bei der Supermarkt-Kette arbeiten zu wollen. Am liebsten sei ihr die Rückkehr an ihre alte Kasse. Doch dies scheint nicht möglich zu sein. In einem Gespräch in der Kaiser's-Zentrale am Montag nach der Urteilsverkündung schlug man Emmely nun zwei andere Filialen zur Auswahl vor. Wenn es nach ihr geht, wird sie also sehr bald wieder an einer Supermarktkasse sitzen.

Julia Hoffmann

„Es gibt kein Vertrauen"

Aneignung im Betrieb gehört zum Arbeitsalltag. Interview mit einer Kellnerin

Der Fall Emmely hat die Gemüter erregt. Die DA sprach mit einer Kellnerin, der schon einmal wegen Verdachts auf Diebstahl gekündigt wurde. Sie möchte aus naheliegenden Gründen anonym bleiben.

Auch du hast den Fall Emmely genau verfolgt. Warum?

Vor einigen Jahren wurde ich in einem Gastronomiebetrieb gekündigt, weil der Chef mich verdächtigt hatte, ich würde mich an der Kasse bedienen. Allerdings habe ich nichts unternommen. Mit 19 Jahren dachte ich, das wäre sinnlos, sein Verdacht war ja richtig. Ich hatte geklaut wie ein Rabe – aus Prinzip. Klar, dass Emmely da meine Aufmerksamkeit hatte.

Emmely als Heldin der Diebe?

Nein, das ist nicht der Punkt. Was mich am meisten aufgeregt hatte, war, in welche Richtung die Debatte gedrückt wurde: Gestohlen sei gestohlen. Dass das Ganze offensichtlich ein Vorwand war, um eine streikende Angestellte loszuwerden, wurde systematisch ausgeblendet, auch wenn Emmely und ihre Unterstützer das immer wieder betont haben. Viele sind darauf reingefallen.

Was ist dann der Punkt?

Wenn man nur ein wenig Verständnis von den Ausbeutungsverhältnissen hat, stellt sich die Frage doch ganz anders. Selbst wenn sie etwas geklaut hätte, sollten wir das in Schutz nehmen. Das Verhalten von ver.di, die da anscheinend Angst hatte, sich hinter Emmely zu stellen, weil sie womöglich eine „Diebin" sein könnte, ist da nur peinlich. Ich meine, die Bosse bestehlen uns die ganze Zeit, und ich sehe es als unser Recht an, uns da etwas zurückzunehmen. Das ist auch Teil des Klassenkonflikts. Es gibt kein Vertrauen zwischen Bossen und ArbeiterInnen.

Kannst du konkreter werden?

Egal, wo ich bisher gearbeitet hatte, habe ich versucht, mein Einkommen heimlich zu verbessern. Sei es, indem ich Produkte oder Materialien mitgehen lassen habe, sei es, indem ich gelegentlich in die Kasse gegriffen habe. Diese stille Sabotage ist doch Alltag. Soviel ich weiß, kalkuliert die Wirtschaft sogar mit diesem Schwund. Klar, das wird immer schwieriger, wegen der ganzen Überwachung. Aber Schlupflöcher findet man immer. Man muss das sogar, wenn man, wie ich, ständig nur prekäre Teilzeitjobs hat.

Alle tun das?

Alle meine Bekannten schon. Aber die haben ja auch einen Klassenstandpunkt. Bei vielen meiner Kollegen bin ich mir nicht sicher. Da gibt es ja auch einige, die ihre Kollegen sogar im vorauseilenden Gehorsam anschwärzen, wenn die Mal zu lange Pause gemacht haben – dieser Untertanengeist. Das sind dann auch die, die voller Inbrunst meinen, dass Leute wie Emmely gefeuert gehören. Weil sie sich selbst nicht trauen, mal aufzumucken, müssen sie das wohl auf diese Weise kompensieren.

Es ist also eine Frage des Klassenstandpunkts?

Ja und nein. Das passiert auch ohne. An manchen Arbeitsplätzen ist die Verlockung einfach zu groß, mal etwas mitgehen zu lassen. Gerade wenn du lange irgendwo arbeitest, entfällt immer mehr diese Schranke im Kopf, dass das nicht dir gehöre. Der Klassenstandpunkt ist eher entscheidend für die Diskussion. Man sieht es ja am Fall Emmely, wo die öffentliche Diskussion formaljuristisch geführt wurde. Das Ausbeutungsverhältnis stand im Hintergrund. Hoffentlich kommt da jetzt etwas in Gang. Es kann ja nicht sein, dass die Bosse Milliarden verzocken und Leute wegen wegzuwerfenden Maultaschen als Diebe gebrandmarkt werden.

Vielen Dank für das Interview.

Interview: Redaktion BuG

Dr. Haller Sprechstunde



Was immer Dich bewegt – er ist für Dich da!

„Wann ist die Gewerkschaft groß genug?"

Ralf, 36: *Ich liebäugele schon länger mit der FAU und möchte dazustoßen, habe aber Angst, dass meine Gewerkschaft dann nicht groß genug ist. Wie groß sollte die Gewerkschaft sein? Und wie kann ich meine Interessen wirklich befriedigen?*

Dr. Haller: Größe, aber auch Einstellung zählt!

Mein selbsternannter Doktorkollege von einer deutschen Jugendzeitung behauptet zwar immer wieder, dass es nicht auf die Größe ankommt. Diese Antwort bleibt aber einem kleinbürgerlichen Individualismus verhaftet – und der kann deine Interessen nicht wirklich befriedigen. Aber es kommt nicht nur auf die Größe an, sondern auch auf die Einstellung. Nimm das Berliner Kino Babylon Mitte! Total tote Hose bei ver.di, und dass bei so vielen Mitgliedern. Da haben die FAU-GenossInnen die Chefs schon mehr erregt, aber total befriedigend war es noch nicht. Eine gewisse Größe braucht es also schon. Aber wenn alle, die sich dieselbe Frage stellen wie du, zusammenkommen, wäre das schon eine beachtliche Größe!

„Bin ich jetzt Anarchistin?"

Maike, 29: *Ich habe neulich meinen Boss gesehen, in seinem protzigen Wagen und seinem teuren Anzug. Da stieg in mir große Wut auf. Heißt das jetzt, dass ich eine Anarchistin bin? Ich traue mich nicht, mit jemanden darüber zu reden.*

Dr. Haller: Suche Gleichgesinnte!

Nein. Du kannst auch wütend sein, ohne Anarchistin zu sein. Wenn du es herausfinden willst, solltest du dir ein paar Fragen stellen: Magst du Hierarchien wirklich gar nicht? Wird dir beim Anblick von Deutschlandfahnen schlecht? Findest du, dass kein Gewerkschaftssekretär dir vorschreiben darf, ob du beim Streik mitmachst? Dann bist du vielleicht Anarchistin. Im Zweifelsfall solltest du mal zur FAU gehen. Da triffst du Leute, denen es ähnlich geht wie dir. Einige von ihnen sind AnarchistInnen, und andere meinen, dass sie keine sind, und finden das mit der Basisgewerkschaft trotzdem super. Vielleicht stellst du dann ja fest, dass du Anarchosyndikalistin sein willst. Am Besten lässt sich Wut mit Gleichgesinnten in konstruktive Bahnen lenken.

„Was ist mit meinen Eltern los?"

Tine, 17: *Ich wohne noch bei meinen Eltern. Jetzt habe ich mir die DA abonniert. Als meine Eltern sie gesehen haben, sind sie ausgerastet und haben mir verboten, sie zu lesen. Was ist bloß los mit ihnen? Ich verstehe sie nicht.*

Dr. Haller: Habe Geduld mit ihnen!

Die meisten Eltern werden total komisch, wenn sie bemerken, dass ihre Kinder nicht mehr mit dem zufrieden sind, was alle anderen auch getan haben. Meistens hilft es, Geduld mit ihnen zu zeigen und sie wie erwachsene Menschen zu behandeln, auch wenn es völlig pubertär klingt, was sie sagen. Ihre Probleme sind womöglich auch deine. Und vielleicht schämen sie sich ja nur, weil sie selbst nicht den Mut gehabt haben, mal auszubrechen. Wenn du aber lieber nicht mit ihnen streiten willst, kannst du die DA natürlich auch heimlich im nächsten Infoladen kaufen, oder treffe dich mit Leuten von der ASJ und rede mit ihnen darüber, wie sie damit umgehen.

„Darf ich als Erwerbsloser mitmachen?"

Guido, 48: *Ich bin Vorsitzender einer Partei. Leider geht es aber mit der rasant bergab und ich befürchte, arbeitslos zu werden. Jetzt finde ich das doch nicht mehr so dekadent. Kann ich als Erwerbsloser auch in der FAU aktiv sein?*

Dr. Haller: Gemeinsam ein Feuer machen!

Ja! Denn ob du einen stupiden, unsicheren oder schlecht bezahlten Job hast (mindestens zwei Dinge davon dürften auf Parteivorsitzende zutreffen) oder gar keinen – das sind bloß zwei Seiten ein und derselben Medaille. Und die fällt meistens auf Kopf oder Zahl und bleibt gar nicht so selten auf dem Rand stehen. Leider ist die Erwerbslosigkeit dann doch nicht so eine dekadente Dauerparty wie du dir das vorgestellt hast. Es kann im Handumdrehen passieren, dass du als Erwerbsloser genauso stupide Dinge tun musst wie als Politiker, bspw. älteren MitbürgerInnen Märchen erzählen oder in der Fußgängerzone um Spenden betteln. Wenn aber beide Seiten der Medaille gleich doof sind, sollten sich alle zusammentun und schon mal ein Feuer anzünden, um sie einzuschmelzen.









Feldzug durch die Klassenzimmer

Wie das Militär in den Bildungsbereich einsickert und welche Gegenbewegungen es gibt

Das Militär arbeitet weiter an ihrer Jugend-Offensive: Im Dezember 2009 unterschrieb Baden-Württembergs Kultusminister Rau einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr, durch den Schulen und Jugendoffiziere enger zusammenarbeiten sollen. Während das Kultusministerium „politische Bildung" als Ziel angibt, bezeichnet Generalmajor Wessels dieses Abkommen als „konsequenten Schritt", da Baden-Württemberg sich seit jeher für sein gutes Neben- und Miteinander von Zivilem und Militärischem auszeichne.

Während die öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr im Auslandseinsatz seit der Kundus-Affäre kritischer wird – 70% sprachen sich nach Infratest Dimap im April für einen schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan aus – bleibt sie bei die Bundeswehr im Inneren, insbesondere an Schulen und Arbeitsämtern, verhaltener. Lediglich in Berlin gelangte die Auseinandersetzung in die öffentliche Debatte und sogar in den Senat.

Stille Etablierung

In den letzten Jahren intensivierten sich die Werbefeldzüge an den Schulen. Dabei stehen nicht mehr nur Berufsschulen im Fokus der „Bürger in Uniform", gerade an Gymnasien wird gerne mit Karriere- und Studienchancen bei der Bundeswehr geworben. Dabei fängt es klein an: Mit „Spenden" wie Bundeswehr-Mousepads oder Kugelschreibern wird versucht, die Präsenz im Alltag der SchülerInnen auszubauen.

Für den direkten Kontakt zu den SchülerInnen sind „Jugendoffiziere" zuständig. Ziele der Bundeswehr werden meist durch pädagogisch harmlose Begriffe wie Konfliktvermeidung und Krisenbewältigung umschrieben, mit denen dann den SchülerInnen „Chancen und Risiken unserer Sicherheit" schmackhaft gemacht werden. Sie stellen die Bundeswehr als moderne „Kriseninterventionstruppe" dar, bei der es darum ginge, einen Job zu erledigen wie jeden anderen auch. In sogenannten POL&IS-Veranstaltungen (Politik und Internationale Sicherheit) wird versucht, die Einsätze der Bundeswehr „wertfrei" und die Erfordernisse der Einsätze als objektiv zu verkaufen. Danach können Wehrbeauftragte auf Berufstagen oder ähnlichen Events von den Karrierechancen bei der Truppe berichten. Offiziell dürfen Jugendoffiziere nämlich nur über Außen- und Sicherheitspolitik referieren, werben dürfen nur die sogenannten Wehrbeauftragten. Im Jahr 2009 erreichten die Jugendoffiziere ca. 114.000 SchülerInnen, die Wehrbeauftragten ca. 290.000 SchülerInnen. Allein in Berlin fanden 200 Informationsveranstaltungen an Schulen statt.

Im „Weißbuch" der Bundeswehr werden ihre eigentlichen Ziele klar dargestellt: die Sicherung und Kontrolle von Ressourcen und globaler Stabilität zugunsten westlicher Wirtschaftsexpansion. Ebensowenig helfen die smart lächelnden SoldatInnen, wo Wehrmachtstraditionen und Männlichkeitsrituale (wie zuletzt der Skandal um die Gebirgsjäger in Mittenwald) gang und gäbe sind. Das Abbild der Bundeswehr ist ein instabiles Mosaik der verschiedenen ökonomischen, militärisch-militaristischen und reaktionär-patriarchalen Kräfte, die in und an ihr zerren.

Die rechtliche Lage hat der wissenschaftliche Dienst des Bundestages derweil ausgelotet. Er stellt fest, dass der Einsatz der Bundeswehr an Schulen „einen möglichen Grundrechtseingriff in die Rechte der Eltern und der Schüler" darstellen könnte, da er in das Erziehungsrecht der Eltern eingreift. Zur Rechtfertigung bietet der Dienst allerdings das Erziehungsrecht des Staates auf. Um sich einer Klageflut zu entziehen, empfiehlt er den Schulen aber „Neutralität" in der Vermittlung von Sicherheitspolitik, z.B. indem MilitärkritikerInnen ebenfalls eingeladen werden. Da dies der Realität kaum gerecht wird und der Schule selbst überlassen bleibt, wie sie diese Neutralität ausfüllt – so reicht lediglich das Bekunden der Neutralität, es gibt keine Nachweispflicht geschweige Kriterien dafür – bleibt dies einer der gewohnten Winkelzüge, GegnerInnen auflaufen zu lassen.

Antimilitaristische Gegenbewegungen

Doch nicht nur an Schulen, auch im universitären Bereich ringt die Bundeswehr um wissenschaftliches Terrain. In einer kreativen Aktion verteilten AntimilitaristInnen in Hannover einen Flyer im cooperate design der Leibniz-Universität, in dem die Einführung der „Military Studies" angepriesen und auf die bereits bestehende vorbildliche Kooperation mit der Bundeswehr in Forschungsbereichen hingewiesen wurde, wie der durch das Verteidigungsministerium mit mehreren zehntausend Euro im Jahr geförderten Lasertechnik.

Was in Hannover kreativ überspitzt wurde, ist in Potsdam seit 2007 Realität: Die „Military Studies – Militärgeschichte und Militärsoziologie" finden klare Worte: „Qualifizierte Studierende können im Laufe von vier Semestern die Themenfelder Militär, Krieg und organisierte Gewalt studieren." Gerade in Forschungsbereichen, die militärisch von Bedeutung sind, besteht die Gefahr, dass diese mehr und mehr von Geldern des Verteidigungsministeriums abhängig werden.

Da die Debatte über die Bundeswehr an den Schulen in Berlin mittlerweile den Berliner Senat erreicht hat, ist auch der Protest gegen den „Wehrkundeunterricht" auf einem richtigen Weg. Zuletzt bildeten sich mehrere SchülerInnen-Komitees, die gezielt versuchen, die Veranstaltungen schon vorher durch Proteste zu verhindern, indem sie auch LehrerInnen und Eltern einbinden. Ein erfolgreiches und öffentlichkeitswirksames Beispiel war die Verhinderung eines Auftritts eines Jugendoffiziers am Hans- und Hilde-Coppi Gymnasium in Berlin-Karlshorst. Auf Seiten wie *kehrt-marsch.de* machen AntimilitaristInnen bundesweit auf Infoveranstaltungen aufmerksam, betreiben Recherche und dokumentieren örtlichen Widerstand. Im Zuge des allgemeinen Ansteigens antimilitaristischer Aktionen wird es nach Jahren der Stille zunehmend enger für die Bundeswehr, die wo sie auftritt mit Protest rechnen muss. Die Schulen bilden oft letzte Räume, um den SoldatInnen unter dem Schutz der Schulpflicht Möglichkeiten zu geben, störungsfrei zu werben. Es ist daher wichtig, den Widerstand auch weiterhin auszubauen.

Sebastien Nekyia

Abwehrkampf in Neuendorf

In Neuendorf (Schleswig-H.) führte der Mut der Verzweiflung IG Metall und Belegschaft des Verpackungsmaschinen-Herstellers Affeldt auf neue Wege: Nach der Insolvenzanmeldung Ende März, traten die knapp 160 KollegInnen in den Streik und besetzen ihren Betrieb über zwei Tage hinweg. Mitte Mai kam es zu einer zweiten Besetzung, diesmal eine Woche lang. Es galt, den Abtransport von Maschinen zu verhindern. Mitte Juni dann der Durchbruch: Der Betrieb wird weitergeführt. Die Tarifbindung (mit Abstrichen) bleibt, doch mind. 40 KollegInnen müssen gehen. Die Zustimmung der Belegschaft lag bei 90%.

Ins Koma geprügelt

Weil er Ende April eine kritische Bemerkung zu einem „Thor Steinar"-Accessoir gemacht hatte, wurde ein 17-jähriger Antifaschist in Nürnberg fast tot geprügelt. Er musste mehrfach wiederbelebt und später ins Koma versetzt werden. Die Bilanz: über vier Wochen Intensivstation, bleibende Schäden nicht ausgeschlossen. Die Gesinnung des Täters verheimlichte die Polizei über Tage hinweg, bis die Erste-Mai-Kundgebung vorüber war. Mit zwei antifaschistischen Demonstrationen, an denen sich auch die FAU Nürnberg beteiligte, protestierten jeweils mehr als 1.000 Menschen gegen Gewalt und Verharmlosung.



Den Bossen auf die Finger geschaut.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

IHK-Akademie Oberfranken: Subventionsbetrug in Millionenhöhe

Der seit Mitte März in Untersuchungshaft sitzende, ehem. Geschäftsführer der Bildungseinrichtung der Industrie- und Handelskammer (IHK) für Oberfranken in Bayreuth muss sich ab dem 6. Juli vor dem Landgericht Hof verantworten. Gegen ihn und den ehem. Prokuristen der Einrichtung wird wegen „Verdachts auf Untreue und Subventionsbetrug" Anklage erhoben. U.a. soll die Firma in einem besonders schweren Fall 600.000 Euro Subventionen für ein Fortbildungsprojekt bezogen haben, welches laut Meldungen keinerlei bildenden oder sonstigen Wert besaß. Durch diesen und weitere Fälle soll ein Schaden von insgesamt vier Millionen Euro entstanden sein.

Das Gericht setzte vorerst 24 Verhandlungstage fest und benannte mehr als 100 Zeugen. Zu einer vollständigen Rückzahlung der hinterzogenen Steuergelder wird es nur teilweise kommen. Das Unternehmen meldete 2007 Insolvenz an und wird wahrscheinlich nur einen fünfstelligen Betrag zurückzahlen.

Bundesagentur für Arbeit: Außertarifliche Gehälter für Spitzenpositionen

Wegen Verdachts auf Untreue wird ein Vorermittlungsverfahren gegen Verantwortliche der Bundesagentur für Arbeit (BA) geführt. Besonders Agenturchef Frank-Jürgen Weise steht immer mehr im Zentrum der Kritik. Die BA soll hundertfach Posten ohne Ausschreibung vergeben haben und diese mit außertariflichen Vergütungen nach dem sog. „AT-Konzept" bezahlt haben. Das 2006 von der BA eingeführte außertarifliche Vergütungssystem sieht ein monatliches Gehalt von maximal 7.200 Euro vor, kann durch Zulagen jedoch auf 10.350 angehoben werden und schließt auch Bonuszahlungen, Extra-Urlaub und zusätzliche Leistungen wie z.B. Dienstwagen und -Handys nicht aus.

Zudem ist bekannt geworden, dass die BA weiterhin Angestellte verbeamtete, obwohl das seit 2003 offiziell nicht mehr möglich ist, da sie nicht mehr den Status einer Behörde besitzt. Der Ausgang der Ermittlungen ist indes noch unklar. Die BA ließ derweil verlauten, man habe qualifizierte Spitzenkräfte binden wollen und zahle daher so hohe Boni: aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit als Arbeitgeber.

MAN: „Markteintrittsgelder" in Kasachstan

Seit 2009 wird gegen die MAN SE wegen Korruption ermittelt. Der Betrieb mit Sitz in München war unter Druck geraten, als bekannt wurde, dass MAN durch Schmiergelder von insgesamt 51,6 Millionen Euro versuchte, Aufträge für ihre Nutzfahrzeugsparte an Land zu ziehen. Die damalige Anklage wurde nach einer Strafzahlung von 151 Millionen Euro fallen gelassen. Jetzt hat jedoch der ehem. Chef der Turbomaschinensparte, Hans Jürgen M., ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er habe neun Millionen Euro an die Betreiber eines staatlichen kasachischen Gaskonzerns gezahlt, um seine Firma in den dortigen Pipeline-Markt einzukaufen. Der Geschäftspartner MunayGaz habe ein „Markteintrittsgeld" verlangt, welches wegen der Aussicht auf einen Auftrag in Höhe von 80 Millionen Euro und milliardenschwere Folgeaufträge dann auch gezahlt worden sei. Das Urteil wird voraussichtlich wegen des Geständnisses milder ausfallen. M. hatte sich zuvor eine Bewährungsstrafe zusichern lassen.

Ferrostaal: Schmiergeldzahlungen nach Argentinien

Auch Ferrostaal, das ehemalige Tochterunternehmen der MAN SE, steht im dringenden Verdacht der Korruption seinem ehem. Hauptanteilseigner in nichts nach. Der 2008 veräußerte Betrieb ist bekannt für Geschäftsbeziehungen, die v.a. in sog. „korruptionsanfällige" Länder in Südeuropa und Südamerika führen.

Nun wird gegen den früheren Chef, Matthias Mitscherlich, ermittelt, der bereits Anfang Mai wegen des erhärteten Verdachts auf Korruption aus dem Unternehmen ausschied. Neben Mitscherlich angeklagt sind auch mehrere hochrangige Offiziere der argentinischen Marine und frühere Manager aus dem Vorstand Ferrostaals. In den Akten des Unternehmens traten fragwürdige Beraterhonorare von bis zu 180 Millionen Euro auf, die laut Anklage möglicherweise dazu genutzt wurden, um sich bei Entscheidungsträgern der Marine Aufträge zu erkaufen. Zudem wurde ein Fall bekannt, in dem Marineangehörige und Ferrostaal-Unternehmer 200.000 Euro unter sich aufteilten, nachdem der Essener Betrieb Konstruktionspläne für ein Schiff nach Argentinien verkauft hatte.







Unheilige Allianz

Nach dem BAG-Urteil gegen die Tarifeinheit fordern DGB und Unternehmer, eben die gesetzlich zu verankern

Der 23. Juni 2010 war ein historischer Tag. Nachdem Arbeitskämpfe in einigen Großunternehmen längst Fakten geschaffen hatten, entschied das Bundesarbeitsgericht in Erfurt, einen alten Grundsatz endlich über Bord zu werfen. Das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit habe Vorrang vor der tradierten Rechtsprechung.

Die somit gekippte „Tarifeinheit" war in den letzten Jahrzehnten ein wichtiger Grundsatz der deutschen Arbeitsgerichte: Ein Betrieb, ein Tarifvertrag, fertig. Damit bestärkte die Rechtsauslegung – die von einem ehem. Nazi-Richter maßgeblich beeinflusst war und Streiks als grundsätzlich rechtswidrig ansah – die Monopolstellung der DGB-Gewerkschaften. Das sicherte den Betriebsfrieden und wuchs sich gar zum internationalen Standortvorteil aus.

Damit ist nun Schluss. Stand es den Beschäftigten auch bisher frei, ob und wenn ja, für welche Organisation sie sich entscheiden, hat dieser Entschluss nun auch reale Folgen in tariflichen Kernfragen wie Lohn, Arbeitszeit und Urlaubsanspruch. Mit dem Ende der Tarifeinheit gilt allein die Gewerkschaftszugehörigkeit als ausschlaggebend.

Eine wichtige Gewichtsverschiebung, die sich auch auf das Streikrecht auswirkt: Aus der Wahlfreiheit ergibt sich Handlungsfreiheit. Denn im Normalzustand der Tarifpluralität bindet ein Vertrag nur die unterzeichnende Gewerkschaft. Unzufriedene können sich einer anderen Gewerkschaft anschließen und in Ausübung ihres verfassungsmäßig garantierten Koalitionsrechts für einen besseren Kollektivvertrag kämpfen. Das beseitigt einen enormen Hemmschuh für die FAU – und stellt sie möglicherweise vor neue Herausforderungen. Das gleiche gilt für die Belegschaften: Wem der Flächentarif zu niedrig ist, der kann jetzt für einen höheren Abschluss kämpfen. Der Gewerkschaftswechsel als Weg aus dem Jammertal.

Jetzt „bieten selbst geltende Tarifverträge keinen Schutz mehr vor Arbeitskämpfen", klagte Gesamtmetall-Chef Brocker nach dem Beschluss der Erfurter Richter. Bereits Anfang Juni forderten Unternehmerverband BDA und der in seinem Alleinvertretungsanspruch bedrohte DGB in einer *gemeinsamen* Erklärung eine Gesetzesinitiative in Sachen Tarifeinheit. Sie argumentieren mit Sicherheit, Stabilität und Wohlstand durch das bisherige Tarifsystem. Von Reallohnverlust, steigender Arbeitslast und Wochenarbeitszeit sowie sinkender Tarifbindung kein Sterbenswörtchen. Die Unternehmer sehen die „Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie" in Gefahr, befürchten in Wirklichkeit aber nur eine „Vervielfachung kollektiver Konflikte". Der DGB seinerseits will der Konkurrenz einen Riegel vorschieben: „Wer die meisten Mitglieder hat ..., dessen Tarifvertrag gilt" – für alle. Auch für alle soll freilich dessen Friedenspflicht gelten. Der „faire Wettbewerb" unter Gewerkschaften, dem man sich nicht verschließen wolle, bestünde nur mehr auf dem Papier. Auch die neue Handlungsfreiheit der Beschäftigten wäre damit wieder vom Tisch.

Auf den Vorstoß reagierte die Bundesregierung mit „positiven Signalen". Das Arbeitsministerium erklärte auf *DA*-Anfrage, der Vorschlag werde derzeit „geprüft". Hatte zunächst nur die Linkspartei das Vorhaben unterstützt, gesellten sich Ende Juni auch BDA-Unterstützer aus CDU, FDP und SPD dazu.

Das Argument, Tarifpluralität bestärke gelbe Dumpinggewerkschaften, ist jedoch nicht stichhaltig. Das Gegenteil ist der Fall. Denn mit der Tarifeinheit galt das Spezialitätsprinzip bisher uneingeschränkt, demzufolge jener Tarifvertrag gilt, der einen engeren beruflichen oder räumlichen Rahmen umfasste. Die Gewerkschaftszugehörigkeit spielte da keine Rolle. Mit „christlichen" Haustarifen konnten Unternehmer daher ganze Belegschaften knebeln und den Flächentarif unterlaufen. Jetzt sind die Tarife der christlichen Phantomgewerkschaften nur noch auf ihre Phantommitglieder zwingend anzuwenden. Folgerichtig stellt etwa der IG Metall-Justiziar Thomas Klebe im Magazin *Mitbestimmung* fest, das Zulassen von Tarifpluralität sei „verfassungsrechtlich naheliegend" und „bringt auch für Gewerkschaften keine Nachteile".

Mehr noch: Gerade das Aufgeben der Tarifeinheit dürfte auf Betriebsebene zur Einheit der Belegschaften führen. Denn wer sollte sich einer Gewerkschaft anschließen, die den schlechteren Tarif bietet? Allein, ein guter will erkämpft sein. Die neue Freiheit wird überall dort „zur Floskel", da hat Klebe recht, „wo der Betrieb nicht streikfähig ist".

André Eisenstein

Für das Kleingedruckte, siehe: Bundesarbeitsgericht, Aktenzeichen 10 AS 2/10 und 10 AS 3/10 sowie 4 AZR 537/08 (A) und 4 AZR 549/08 (A).

„Den Menschen wieder Mut machen, für die eigenen Interessen einzustehen".

So lautet das Motto von Klaus Ernst, Bundesvorsitzender der Linkspartei. Bei der Entmündigung der ArbeiterInnen ist allerdings an vorderster Front dabei und begrüßt die Initiative zur Einschränkung des Streikrechts – natürlich im eigenen Interesse der ArbeiterInnen.
Foto: DIE LINKE

Schwitzbude im Norden

Konflikt bei den *Kieler Nachrichten* um Leiharbeitsfirma Tabel

ArbeiterInnen brechen am Arbeitsplatz zusammen, so dass der Notarzt gerufen werden muss. Es kommt immer wieder zu kleineren und größeren Unfällen, weil Sicherheitsbestimmungen häufig nicht beachtet werden. Wer wegen zu hoher Arbeitsbelastung protestiert, muss mit einer „kalten Kündigung" rechnen. So steht es um die Arbeitsbedingungen bei der Leiharbeitsfirma Tabel. Im Jahr 2000 hatten die *Kieler Nachrichten* (KN), die Teil des Madsack-Konzerns sind, Teile ihrer Belegschaft dorthin ausgegliedert. Danach sanken die Löhne um mehr als die Hälfte, auf 6,14 Euro brutto die Stunde, die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich schlagartig: Bezahlter Urlaub, Pausen und Höchstarbeitszeiten wurden oftmals verweigert. Den ArbeiterInnen wurde 2006 sogar verboten, am Arbeitsplatz zu sitzen, und ihnen Stühle und Stehhilfen weggenommen. Das Trinken am Arbeitsplatz wurde generell untersagt.

Versuche, einen Betriebsrat zu gründen, scheiterten daran, dass ArbeiterInnen, die sich vertrauensvoll an ver.di wandten, kurze Zeit später entlassen wurden. Die Linkspartei engagierte sich auf Bitten einiger ArbeiterInnen für die Betriebsratsgründung. Im Herbst 2009 wurde dieser dann auf den Weg gebracht. Jedoch kündigten die KN noch vor den Betriebsratswahlen den Vertrag mit Tabel. Damit würden 389 ArbeiterInnen ab Juli 2010 auf der Straße stehen.

Anstelle von Tabel sollen nun drei Leiharbeitsfirmen die gleiche Arbeit übernehmen: TMI aus Ahrensburg, die Stark-Unternehmensgruppe aus Bremen und der Mahnsen-Transportdienst aus Kiel. Mit der Neuvergabe der Werk- bzw. Dienstverträge wird es dann auch einen höheren Stundenlohn von 7,60 bis 11,40 Euro pro Stunde geben. Neue LeiharbeiterInnen sollten seit dem 1. Juni in den KN arbeiten, um eingearbeitet zu werden.

Der Betriebsrat der KN hat sich, anders als der von der *Hamburger Morgenpost* oder der *Bergedorfer Zeitung*, bisher nicht mit den Tabel-ArbeiterInnen solidarisiert. Dessen Vorsitzender, Richard Ernst, wurde bereits im März 2010 als langjähriger Vorstand des Fachbereichs Medien von ver.di Kiel-Flensburg abgewählt. Nun besteht der neu gewählte Vorstand mehrheitlich aus Tabel-Beschäftigten. Der Ausgang des Konfliktes ist noch ungewiss, aber die Maschinen stehen öfters still. Zum 30. Juni war eine Demonstration unter dem Titel „Solidarität mit den Tabel-Beschäftigten" geplant. Auch die FAU Kiel hat sich mit den Beschäftigten solidarisiert.

Thilo Pfennig

Babylon offline

Der Betrieb des halbkommunalen Kinos wird im Sommer deutlich heruntergefahren

Seit dem 11. Juni ist das Babylon Mitte mindestens für die Dauer der Fussball-WM zum größten Teil geschlossen. Obwohl das Kino in seinen drei Sälen problemlos mehr als 15 Vorstellungen täglich Platz bieten kann, bricht das Programm während der WM auf bis zu drei Veranstaltungen pro Woche zusammen. Ob hier eine fußballbegeisterte Chefetage ihre Abende lieber vor dem Fernseher verbringt oder die Geschäftsführer Hackel und Grossman es einfach verpasst haben, rechtzeitig eine Public-Viewing-Lizenz zu beantragen, ist unklar. Fest steht: Die laufenden Kosten betragen monatlich mehrere zehntausend Euro, werden aber durch die jährlichen Zuwendungen des Senats von mittlerweile 350.000 Euro getragen. Unter solchen Bedingungen können Hackel und Grossman, die unter den verlorenen Prozessen der letzten Monate sicher zu leiden hatten, sorglos einen Monat ausspannen, um ihre Nerven zu beruhigen. Ob auch ihre Bezüge ruhen, darf bezweifelt werden.

Die meisten Beschäftigten haben in den Wochen der WM keine Möglichkeit, Geld zu verdienen. Einige haben eingewilligt, bezahlten oder unbezahlten Urlaub zu nehmen, andere feiern Überstunden ab. Manche erfuhren offenbar erst Tage vor der Schließung von der Zwangspause. Der Vorschlag aus der FAU-Betriebsgruppe, zusätzlichen bezahlten Urlaub für die Zeit zu fordern, konnte nicht an die Erfolge bei der gemeinschaftlichen Ablehnung der zu Jahresanfang vorgelegten Knebelarbeitsverträge anknüpfen – zu gelegen kam vielen die Sommerpause.

Auch auf ein besonderes Highlight mussten Gäste und Beschäftigte des Babylon in diesen Wochen verzichten: Angela Davis stellte am 20. Juni die restaurierte Fassung der Dokumentation „Portrait of a Revolutionary" vor. Nach ihrem Auftritt mit Gregor Gysi auf dem *ND*-Pressefest waren sie und der Film nicht etwa im Babylon zu sehen, dem nach wie vor enge Kontakte zur Partei Die Linke nachgesagt werden können. Das einst linke Kino hätte an diesem Tag mit zwei Nachmittags-Vorstellungen reichlich Raum bieten können. Die Herausgeber der „Bibliothek des Widerstands", in der das Porträt erscheint, zogen es aber vor, Dokumentation und Protagonistin ein paar hundert Meter weiter bei der Konkurrenz zu präsentieren. Der Ruf des Babylon und vielleicht auch Erkundigungen der Veranstalter könnten ausschlaggebend für die Wahl des Veranstaltungsorts gewesen sein.

FAU-Betriebsgruppe Babylon Mitte







Nachruf auf einen Genossen



Am 14. Mai 2010 starb unser Freund und Genosse Christoph Joemann im Alter von 46 Jahren. Christoph war seit 2005 Mitglied der FAU Münsterland, der libertären Bewegung in Münster aber schon weit länger verbunden. Als selbstständiger Bildjournalist kam er in eine FAU-Gruppe, die fast ausschließlich aus StudentInnen bestand. Von seiner Berufung als Fotograf profitierten regelmäßig auch die *DA* und die *Graswurzelrevolution*, beispielsweise als er sich bei einem Naziaufmarsch in Münster in die Höhle des Löwen begab.
Als „freier" Mitarbeiter des WAZ-Konzerns hatte er mit der zunehmenden Prekarisierung seines Berufes zu kämpfen.
Den Lebensunterhalt zu verdienen, wurde immer schwerer: Statt seine Bilder gegen Honorar verschiedenen Zeitungen zur Verfügung stellen zu können, wurde er nun tageweise „gebucht", und alle dabei entstandenen Bilder wurden zum Eigentum des WAZ-Konzerns. Mit dem pauschalen Tageshonorar, der Schließung kleinerer Lokalredaktionen und den immer längeren Fahrtwegen zu den Fototerminen erhöhte sich der Arbeitsdruck immens.
Christoph hat im vergangenen Jahr begonnen, seine KollegInnen im Ruhrgebiet zu vernetzen. Nach schleppendem Beginn entwickelte eine breiter gestreute Einladung „voll die Sprengkraft", wie er in einer Mail mitteilte: über 15 KollegInnen kamen zum Treffen.
Doch die zunehmende Arbeitsbelastung führte dazu, dass wir Christoph nun seltener sahen, weil er bis in die Nacht arbeiten musste. Wir gehen davon aus, dass dieser Stress auch dazu beitrug, dass ein längerer Klinikaufenthalt notwendig wurde. Am 14. Mai entschied sich Christoph, diese Welt endgültig zu verlassen. In unserer Trauer mischt sich Wut – Wut auf Verhältnisse, die das Leben nicht mehr lebenswert machen.

FAU Münsterland

Im blauen Morgenrot

Die anarchosyndikalistische Revolution von 2036 – ein Rückblick

Der Sommer 36 war ungewöhnlich heiß, lang und trocken. Seit Wochen hatte es nicht mehr geregnet, und selbst nachts sanken die Temperaturen kaum unter 30 °C. Doch während die meisten Leute die Ferien genießen konnten, schob ich mein zweites Jahr Grunddienst beim THW, kaserniert irgendwo in Thüringen zwischen Gotha und Meiningen. Denn wie viele junge Anarchosyndikalisten hatte ich nicht einfach den Armeedienst verweigert, sondern mich für sechs Jahre beim Technischen Hilfswerk verpflichtet. Das schien uns ein cleverer Gedanke zu sein, denn schließlich brauchte es nur wenige, den verhältnismäßig kleinen Laden zu übernehmen.

Das THW, die Genossen

Anfang der 30er hatte ein regelrechter Ansturm junger Wehrpflichtiger auf das THW begonnen, ohne dass die Obrigkeit deswegen stutzig wurde. Schließlich sollte der internationale Katastrophenschutz ausgeweitet werden. Und tatsächlich war es uns gelungen, unsere Kampagne *Blau Machen* (wegen der blauen Farbe des THW) geheim zu halten; selbst in der FAU wussten nur wenige davon. Ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, dass damals gut zwei Drittel der THWler Mitglied der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJ) waren – allein in meinem Zug gab es praktisch nur Genossen.

Die lange Verpflichtungszeit von sechs Jahren schreckte kaum noch jemanden ab. Die meisten Rekruten stammten aus dem heruntergewirtschafteten, verarmten Westdeutschland und waren froh, auf diese Weise die nächsten Jahre über abgesichert zu sein. Und der Ausblick, eine staatliche Infrastruktur, die – sieht man einmal von Waffen ab – mindestens ebenso gut ausgerüstet war wie die Polizei und über schweres Räumgerät, Schutzkleidung, Gasmasken, LKW und Geländewagen verfügte, klammheimlich in die Hände der gerechten Sache zu überführen, machte die Angelegenheit für viele regelrecht verlockend.

Thüringen schwarz-rot

Aber in diesem Sommer überkamen mich Zweifel. Die Hitze in unseren Unterkünften war unerträglich. Nur die zermürbende Langeweile, diese ewige Warterei im Bereitschaftsdienst, dass im näheren Umkreis vielleicht ein Waldbrand ausbräche und die Feuerwehr unsere Unterstützung anforderte, war noch schlimmer. Ich wünschte mich nach Hause, oder, noch besser, in ein fremdes Land, wo es abging, die Fahnen der Revolution wehten. So wie in Nordengland, wo ein Jahr zuvor die *Vereinigten Arbeiterrepubliken* ausgerufen worden waren. Ich hatte davon gehört, dass man dort noch Freiwillige für den selbstverwalteten Kohlebergbau suchte. (Nach dem weitgehenden Zusammenbruch der Erdölreserven war es zu einer kleinen Renaissance der Kohle auf den britischen Inseln gekommen, wenngleich dies nicht unumstritten war. Doch den englischen Kolleginnen und Kollegen galten die riesigen Kohlereserven, die noch vom letzten niedergeschlagenen Bergarbeiterstreik Ende des 20. Jahrhunderts übrig geblieben waren, als ihr ureigenster Reichtum. Unter dem bläsernen Klang der *brass bands* hatten sie die stillgelegten Zechen wieder in Betrieb genommen und hüteten eifersüchtig ihren schwarzen, stinkenden Schatz wie ein Heiligtum.) Nie hätte ich damit gerechnet, dass ausgerechnet hier, im Gewimmel beschaulicher Kleinstädte, der bedeutendste soziale Umsturz der deutschen Geschichte losgestoßen werden sollte, direkt vor meiner Nase.

Von den Vorgängen in Meinigen erfuhren wir aus dem Radio. Die südthüringische Kleinstadt, die vor wenigen Monaten in ein gemäßigtes Projekt lokaler Selbstverwaltung übergegangen war, sei von Bundespolizei abgeriegelt worden. Die Landesregierung wollte auf diese Weise durchsetzen, dass die Meininger ihre Steuern wieder zahlten. Unmittelbar danach erhielten wir die Order, auszurücken.



Es gehört zu den zahllosen Märchen rund um die Revolution von 2036, dass wir vom THW in den Kasernen revoltiert hätten. In Wirklichkeit wurden wir ganz regulär angefordert, um etwaige Barrikaden, falls sie denn errichtet werden sollten, schnellstmöglich einzureißen. Wir überblickten die Situation erst vor Ort und entschieden dann, dass die Zeit reif sei, die Masken fallen zu lassen.

Wie es wirklich war

Wenn heute, zu Beginn des 22. Jahrhunderts, über die Revolution von 2036 gesprochen wird, vereinfachen die meisten leider viel zu stark. Spielfilme wie „Es geschah an einem Dienstag" oder „In der Hitze von Meiningen" führen den Sturz des alten Regimes und den Aufbau der freien Gesellschaft, in der wir heute leben, allein auf die Ereignisse im Juli und August zurück und dramatisieren die Auseinandersetzungen. Und auch in der Literatur begegnet man immer wieder Darstellungen, die den Eindruck erwecken, der Sieg des Anarchosyndikalismus in Deutschland sei mehr oder minder ein Geschenk der Rohstoffkrise von 2033 gewesen. (Die im übrigen nicht nur eine Krise war, denn in manchen Bereichen führte die Erschließung alternativer Energiequellen und Rohstoffe rasch zu wirtschaftlichem Wachstum. Die Rückbesinnung auf den Segelantrieb z.B. bedeutete aus damaliger Sicht durchaus einen Fortschritt.) Aber so einfach darf man es sich nicht machen, will man dem Thema gerecht werden.

Und dazu gehört, sich von gängigen Klischees über das 21. Jahrhundert zu lösen. Gerade jüngeren Menschen mag es heute schwer fallen, sich in die damalige Situation zu versetzen, aber sie dürfen auch nicht vergessen, dass sie es dieser Generation verdanken, dass Begriffe wie Löhne, Passkontrollen, Preise, Mieten oder Fahrkarten ihnen heute fremd sind.

So ist es absolut unzutreffend, dass wir an Außerirdische geglaubt hätten. Dies betraf lediglich eine kleine trotzkistische Minderheit am Rand der Arbeiterbewegung. Unwahr ist ebenfalls die Behauptung, die Feuerwehr sei von der FAU organisiert worden und habe eine aktive Rolle in den Sommerkämpfen gespielt. Vielmehr stellte sie sich erst nach und nach auf unsere Seite, nicht zuletzt dank des Einflusses der revolutionären Feuerwehrgewerkschaft aus Frankreich. Richtig allerdings ist, dass sie maßgeblichen Anteil am gesellschaftlichen Neuaufbau hatte, übernahm sie doch etwa das Regeln des Straßenverkehrs, nachdem wir die Polizei abgeschafft hatten.

Die Unterlegenheit der Unschlüssigen

Was die Frage betrifft, weshalb der Coup weitgehend unblutig über die Bühne ging, möchte ich zweierlei zu bedenken geben: Zum einen war die politische Staatsführung heillos zerstritten und verstand es immer weniger, sich zu irgendwelchen Entscheidungen durchzuringen. Ich bin mir heute sicher, dass an die Armee gar kein Befehl erging, in die Geschehnisse einzugreifen. Zum anderen waren wir uns darüber völlig im Klaren, dass wir in einer direkten Konfrontation mit den zeitgenössischen Sicherheitskräften chancenlos gewesen wären. Daher entwickelten wir schon früh Strategien, es gar nicht erst soweit kommen zu lassen. Dennoch stellten wir uns darauf ein.

Innerhalb weniger Stunden hatte das THW alle Ausfallstraßen Meiningens blockiert. Überall am Stadtrand hatten wir Straßensperren eingerichtet und verwehrten der Polizei den Zugang. An unseren blauen Fahrzeugen wehte die schwarz-rote Fahne, und mit weißer Farbe hatten wir die Embleme zu THW-ASJ bzw. THW-FAU korrigiert.

Die Einsatzleitung der Polizei drohte uns zwar, griff aber zunächst nicht ein. Die Verunsicherung war ihnen deutlich anzumerken. Gegen Abend erreichten uns dann die Nachrichten, dass sich die Nachbargemeinden mit uns solidarisch erklärten und ihre lokalen Regierungen abgesetzt hatten.

In den Medien waren wir bald Thema Nr. 1 und es dürfte kaum eine Fabrik, eine Stadt, eine Familie gegeben haben, wo nicht die Frage diskutiert wurde, ob man es jetzt endlich wagen und direkt zur Selbstverwaltung übergehen sollte. Denn niemandem waren damals die anarchosyndikalistischen Anschauungen und Konzepte mehr unvertraut.

Proletarische Wende

In den vorangegangenen Jahren hatte sich um die FAU und den allmählich populärer werdenden Anarchosyndikalismus herum eine eigenständige, neue Kultur entwickelt. Anteil daran hatten nicht zuletzt bekannte Kulturschaffende, die soziale Themen ansprachen und aus ihren sozialrevolutionären Sympathien keinen Hehl machten. Nicht zuletzt aber traf die *Direkte Aktion* mit ihrem zeitgemäßen Layout und der Mischung aus Nachrichtenmagazin und Arbeiterillustrierte den Geschmack der Zeit und prägte eine ganze Generation; gegen Ende der 20er hatte sie die Auflage des *Spiegels* – ein damals viel gelesenes, bürgerliches Organ – überflügelt. Die *Proletarische Welle* (im Englischen auch *class romantics* genannt), die Europa in dieser Zeit erfasste und sogar die Kleidermode beeinflusste, wurde von diesen Entwicklungen zweifellos mit angestoßen.

Heute kaum noch bekannt, war es in den 20ern zu einer kleineren Welle von Arbeitskämpfen im damaligen Deutschland gekommen, in die die FAU involviert war und die sie zu einer festen Größe in sozialen Auseinandersetzungen und Debatten hatte reifen lassen. Sie war nun weithin bekannt und syndikalistisches Vokabular floss in den allgemeinen Sprachgebrauch ein, während die etablierten Altgewerkschaften, die sich als unfähig erwiesen, auf den gesellschaftlichen Wandel wirksam zu reagieren, zusehends an Mitgliedern und Einfluss verloren.

Das Vertrauen des Großteils der Bevölkerung in das politische und wirtschaftliche System war tief zerrüttet. Wahlbeteiligungen erreichten kaum mehr 20 %. Die Nachfrage nach alternativen Gesellschaftsmodellen war groß und die syndikalistische Propaganda fiel auf fruchtbaren Boden.

Das Land ohne König? Der König ohne Land!

Diese Voraussetzungen muss man sich vor Augen halten, will man verstehen, wieso Ende Juli 2036 die Bundesregierung abdankte. Für uns kam dies kaum noch überraschend, nachdem sich mit München und Hamburg die letzten beiden Großstädte eine provisorische selbstverwaltete Struktur zugelegt hatten. Lediglich in der Hauptstadt Berlin blieb die Lage bis zuletzt verworren.

Marxistische Gruppen witterten ihre Chance und versuchten, die Staatsmacht an sich zu reißen. Innerhalb von drei Wochen bildeten sich nicht weniger als vier Regierungen unter wechselnd trotzkistischen, neomaoistischen oder konventionell sozialdemokratischen Vorzeichen. Mehrmals besetzten kleine spartakistische Trupps das Kanzleramt, die MLPD schlug im Verteidigungsministerium ihr Hauptquartier auf, während parallel sieben (oder waren es acht?) 4. Internationalen die Volksrepublik Berlin ausriefen. Allerdings bekamen wir davon kaum etwas mit, denn schließlich funktionierte der Staatsapparat allenfalls noch rudimentär und das Telekomsyndikat der FAU hatte längst alle Leitungen und Funknetze, die aus den ehemaligen Regierungsgebäuden führten, unterbrochen. So blieb der Wirkungsgrad aller jetzt noch folgenden Regierungen auf die Gebäude beschränkt, in denen sie saßen.

Bis Mitte August hatten die letzten Polizeieinheiten ihre Uniformen an den Wachstuben von THW und Feuerwehr abgegeben, so dass die Straßensperren abgebaut werden konnten. Der außerordentliche Kongress der FAU vom 31. August 2036 schließlich erklärte Deutschland für aufgehoben.

Erwin Werner*

*) Die Erinnerungen des heute über 90-jährigen FAU-Aktivisten Erwin Werner wurden von seinem persönlichen Biografen Matthias Seiffert zu Papier gebracht. Werner kam am 25. März 2018 als Sohn der berühmten FAU-Aktivistin Berta Harwich zur Welt. Berta, die wie die Mehrheit der Medienschaffenden im Ruhrgebiet anarchosyndikalistisch organisiert war, begründete mit Hilfe der „Freien Frauen" und ihrer Ortsgruppe noch im selben Jahr den deutschen Zweig der spanischen Paideda Schule. Dadurch verhalft sie Erwin zu einer damals noch unüblichen libertären Schulbildung. Als er schon längst im Ruhestand war, erklärte Werner, seine Abneigung gegen Abhängigkeiten (auch die von den Eltern), gegen Privateigentum, Autoritäts- und Konsumgläubigkeit verdanke er letztlich seiner Mutter.







Der Aufstand, der kommt

Streiks, Demonstrationen und Bombenanschläge halten Griechenland in Atem. Währenddessen geht die Polizei weiter gegen die vermeintliche Bankräuber und Attentäter vor

Keine Frage, der Schock über die drei erstickten Angestellten in der Athener Marfin-Bank, die während des Generalstreiks am 5. Mai, aus der Demonstration heraus mit Molotow-Cocktails in Brand gesetzt worden war, sitzt tief. Die antiautoritär-anarchistische Bewegung diskutiert seither erbittert über eine „Kultur des Wegschauens gegenüber nihilistischer Macho-Militanz", die sich seit Jahren eingebürgert habe. Zeit für eine gründliche Aufarbeitung bleibt allerdings kaum. Razzien und ständige Polizeiprovokationen im Athener Szene-Stadtteil Exárchia, Verhaftungen und Prozesse gegen AktivistInnen, aber auch Streiks und Demonstrationen gegen den von EU und Internationalem Währungsfond (IWF) aufgezwungenen Sparkurs der sozialdemokratischen Pasok-Regierung und neue Hausbesetzungen bestimmen das aktuelle Tagesgeschehen. Da alles parallel geschehen muss, ist der Druck, unter dem die heterogene Bewegung steht, enorm.

Mit dem Ablauf des von den staatstragenden Gewerkschaften (GSEE und ADEDY) kontrollierten Generalstreiks gegen die Reform der Sozialgesetzgebung am 20. Mai – dem vierten Generalstreik 2010 – konnte Regierungschef Giórgos Papandréou zufrieden sein. Überall in Griechenland blieb es verhältnismäßig ruhig. Die Beteiligung an der Athener Demonstration blieb mit 40.000 Menschen weit hinter der Mobilisierung vom 5. Mai, mit 250.000 Demonstrierenden, zurück. Auch ein erneuter Versuch, das Parlament zu stürmen, und Straßenschlachten mit der Polizei blieben aus. Weitere Mobilisierungen von GSEE und ADEDY, wie die Demonstration in Athen am 5. Juni, oder verbalradikales Drohen mit weiteren Generalstreiks dürften Papandréou keine großen Sorgen bereiten. Weit weniger gefällt ihm und den Kontrolleuren des IWF die brodelnde Unruhe, die selbstorganisierten Streiks, die spontanen Mobilisierungen und Besetzungen im ganzen Land.

Beim fünftägigen Fest und Kongress der von der „Antiautoritären Bewegung" (AK) herausgegebenen anarchistischen Monatszeitschrift *Babylonía* vom 26.-30. Mai in Athen verfolgten 40.000 Menschen die Kulturveranstaltungen und beteiligten sich an den Diskussionen. Auch außerhalb der anarchistisch-antiautoritären Bewegung ist die Forderung nach einem Verweigern der Schuldenzahlungen Griechenlands immer öfter zu hören. Notfalls müsse dies durch neue Aufstände erzwungen werden. AK bereitet für den 8.-10. September einen „Internationalen Kongress der direkten Demokratie" in Thessaloníki vor. Einen Tag danach wird am 11. September die Internationale Messe Thessaloníki traditionell mit einer „Rede zur Lage der Nation" vom Ministerpräsidenten eröffnet. Die Mobilisierungen für Großdemonstrationen gegen die Regierungspolitik laufen bereits.

Und die Stimmung ist schlecht. Erstmals seit seinem Amtsantritt wurde Papandréou bei einem Theaterbesuch am 11. Juni vom Theaterpublikum ausgebuht und beschimpft. Schon Mitte Mai musste sich Kulturminister Pános Geroulános während der Einweihung eines fertiggestellten Teilabschnitts der Restaurationsarbeiten an der Akrópolis vor Streikenden in Sicherheit bringen. Dass EU und IWF dem Land „Fortschritte bei den Sparbemühungen" bescheinigen, hilft da wenig.



Großdemonstration in Athen zum Generalstreik am 5. Mai 2010

Konflikte an allen Ecken und Enden

Ende Mai blieben zeitweise die populären Straßenmärkte im ganzen Land geschlossen, da ProduzentInnen und Belieferer wegen der Sparbeschlüsse riesige Umsatzeinbrüche vermeldeten und in Streik traten. Auf den täglich von Stadtteil zu Stadtteil wechselnden Märkten deckt die Bevölkerung vor allem den Bedarf an Obst, Gemüse und Grundnahrungsmitteln, aber auch an billigen Bekleidungsartikeln. Vertreter der Vereinigung der KioskbesitzerInnen traten zur gleichen Zeit in einen Hungerstreik gegen die neuen Steuergesetze bei Alkohol und Tabak, die ihnen die Lebensgrundlage entzögen. Mit Zelten belagern sie das Büro des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium Filippos Sachinídis im zentralgriechischen Lárisa. Der Verband der TankstellenbetreiberInnen gab Anfang Juni die Schließung von bisher 350 Tankstellen aufgrund der enormen Benzinpreiserhöhungen bekannt. Super Bleifrei ist seit Anfang des Jahres von ca. 1 Euro/Liter auf ca. 1,70/Liter gestiegen, der Verbrauch um 60% zurückgegangen. Die Vereinigung der Seeleute rief am 31. Mai zur Blockade aller Häfen des Landes auf. Vom 1.-4. Juni streikten die RechtsanwältInnen gegen die Steuergesetzgebung. Die 41 Schuhgeschäfte der Kette Voi Noi wurden am 12. Juni von Angestellten und UnterstützerInnen in diversen Städten blockiert, um für höhere Löhne, Festanstellungen und gegen den Terror der Geschäftsführung zu protestieren. Schon seit über einem Monat laufen die Mobilisierungen der gefeuerten Angestellten des Restaurants Banquet in Thessaloníki. Mit breiter Unterstützung fordern sie auf Demonstrationen, Blockaden und Live-Konzerten vor den Restaurants ihrer Bosse, die Wiedereinstellung und höhere Löhne für die meist prekär Beschäftigten.

Illegal operierende Gruppen wie die „Feuerzellen" versuchen derweil, die angespannte gesellschaftliche Lage mit Bombenanschlägen, wie vor kurzem auf das Gericht in Thessaloníki und vor dem Athener Korydallós-Gefängnis, zu eskalieren. Und auch die kommunistische Partei (KKE) lässt die Muskeln spielen. Während sich die zweite im Parlament vertretene linke Opposition, die Allianz der radikalen Linken (Syriza), durch Streitereien und die Abspaltung von vier der dreizehn Abgeordneten gerade selbst zerlegt, führte die stalinistische KKE am 15. Mai eine Demonstration gegen den IWF durch. Mit 70.000 Beteiligten war es ihre größte seit Jahrzehnten.

Repression nach verschiedenen Maßstäben

Unterdessen wurden Epaminóndas Korkonéas und Wasílis Saraliótis, die polizeilichen Mörder von Aléxandros Grigorópoulos, am 6. Juni unter Meldeauflagen aus der Untersuchungshaft entlassen. Während Anarchisten in der Vergangenheit nach Ablauf der gesetzlich festgelegten 18-monatigen Höchstdauer der U-Haft, mit lebensbedrohenden Hungerstreiks ihre Freilassung erkämpfen mussten, erfolgte diese für die Polizisten automatisch.

Ein wegweisendes Urteil erging in Thessaloníki. Vier Polizeibeamte hatten einen jungen Mann bei der Gedenkdemonstration für Grigorópoulos am 6. Dezember 2009 verhaftet und ihm einen Rucksack mit Molotowcocktails untergeschoben. Als „Strafe" wurden sie nun für drei Monate beurlaubt. Filmaufnahmen hatten bewiesen, wie sie den jungen Mann, der in Schlafanzughosen seinen Hausmüll in der Tonne entsorgen wollte, zu Boden warfen und überwältigten.

Dem am 3. Mai nach Verfolgung und einem Schuss in den Fuß verhafteten Anarchisten Símos Seisídis wurde am 28. Mai der verletzte Fuß amputiert. Seisídis, seit Jahren per Haftbefehl als angeblicher Mittäter eines Banküberfalls gesucht, wurde mit Handschellen ans Bett gefesselt und rund um die Uhr von Polizeibeamten im Krankenzimmer bewacht und schikaniert. Nachdem ihn die Staatsgewalt durch drei Athener Krankenhäuser verschleppte, hatte sich sein Gesundheitszustand nach vier Wochen derart verschlechtert, dass Ärzte sein Leben nur durch die sofortige Amputation des verletzten Fußes retten konnten. Die Griechische Ärztevereinigung OENGE verurteilte am 29. Mai aufs Schärfste „die Orgie der Missachtung jeglichen ärztlichen Berufsethos und aller rechtsstaatlichen Grundsätze während der Behandlung des Patienten Símos Seisídis."

Ralf Dreis, FAU Rhein/Main

Bitte nicht stören!

In mehreren Städten Südafrikas kämpfen ArbeiterInnen gegen miserable Arbeitsbedingungen während der Fussball-WM der Männer und kratzen so am glamourösen Bild, das die FIFA und die südafrikanischen Organisatoren des Turniers verkaufen wollen. In Durban, Kapstadt und Johannesburg protestierten ArbeiterInnen von Sicherheitsdiensten, weil sie teilweise nur rund 10% der vereinbarten Löhne erhielten. Bei den Demonstrationen von mehreren Hundert Sicherheitskräften setzte die Polizei Gummigeschosse, Tränengas und Blendgranaten gegen die Protestierenden ein. In Kapstadt streikten gleichzeitig die BusfahrerInnen gegen unbezahlte Überstunden, die mit einer Pauschale abgegolten werden sollten; auch die ArbeiterInnen des halbstaatlichen Stromversorgers Eskom drohten mit Arbeitskämpfen. Schon im Vorfeld der WM hatten Streiks von bis zu mehreren Zehntausend Bauarbeitern die WM-Baustellen für längere Zeit lahmgelegt. Die Arbeiter erkämpften mit den Ausständen eine 12-prozentige Lohnerhöhung, gefordert hatten sie 13%.
Danny Jordaan, Cheforganisator des Turniers, erklärte dazu, dass er die Respekt vor den Rechten der Arbeiter habe, dass es aber inakzeptabel sei, zu deren Durchsetzung einen Spieltag zu stören. (DC)

Fortsetzung von Seite 1 (Das Patentrezept)

In Wirklichkeit gilt das Primat der Politik. Durchaus geläufig als Synonym für Staatsbankrott ist daher der Begriff „Umschuldung". Denn kann oder will ein Staat seine Verpflichtungen nicht rechtzeitig begleichen, und nichts anderes ist der „Bankrott", tritt Plan B in Kraft: Es wird neu verhandelt. Üblich ist dabei auch der Verzicht der Kreditgeber auf einen (Gut-)Teil ihrer Forderungen. Das aber, so erklärte der Bundesverband deutscher Banken Ende April lapidar, sei „keine Lösung". Dass der Risikofall eintreten könnte bei hochriskanten Geschäften, ist schließlich nicht vertretbar.

Gewerkschaftliche Unmündigkeit

Heute, da die EU laut Lissabon-Strategie der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Erde" sein wollte, stehen die Zeichen auf Misere. Wachstum und Wohlstand bedingen sich nicht mehr. Das liegt zwar auch daran, dass die Regierungen „ihre Hausaufgaben" gemacht haben: EU-weit wurde flexibilisiert und ausgelagert, wurden Erwerbslose aktiviert und Wirtschaft gefördert. Ebenso ins Gewicht fällt aber wohl, dass die europäischen Gewerkschaften ihre Hausaufgaben nicht erledigt haben. Denn konzeptionell haben derzeit weder Apparate noch Bewegung viel zu bieten. So fordert die französische CGT eine „nachhaltige Industriepolitik", der DGB legte ein „Konjunktur- und Wachstumsprogramm" vor. Tragfähige Konzepte zur Überführung von Betrieben in Kollektiveigentum, oder zur Neuordnung von Tauschbeziehungen und Arbeitsteilung sucht man (fast) vergebens. Nicht zu überhören sind indes Appelle an die Politik, oder der ewig gleiche, symbolische Protest gegen allzu schmerzliche Einschnitte ... ob sich das nun in einem Streiktag oder einer Samstagsdemo ausdrückt. Solange die Gewerkschaften nicht ihr ganzes, also ihr ökonomisches Gewicht in die Waagschale werfen, werden es trotz aller wohlfeilen Losungen die Beschäftigten sein, die für die Krise zahlen.

Alternative Ansätze einer Krisenbewältigung, die sich auf das Wesentliche konzentriert: auf Produktion und Verteilung, werden indes wohl kaum zu haben sein, ohne dass die Gewerkschaftsbasis mehr Raum für Experimente erhält, und mehr Elan dafür aufbringt. Solche Experimente mögen so unkontrollierbar sein wie die Folgen eines Staatsbankrotts. Aber wie das Großexperiment „Realpolitik" heute zeigt: die absolute Vermeidung ist auch keine Lösung. Zumal angesichts der Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte jedwede Verzichtslogik als Ausfluss selbstverschuldeter Unmündigkeit gelten darf.

André Eisenstein, STICS 13 CNT



Die Verformung der Gewerkschaften

Sarkozy will die französischen Gewerkschaften in die Wahlurne sperren. Davon profitieren die großen Apparate. Die CNT sieht Risiken und ... Chancen

Die Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland hat Vorbildcharakter in Europa. Oder anders formuliert: sie setzt sich durch. Und zwar nicht nur in Sachen Wirtschafts- und Sparpolitik. Auch der rechtliche Rahmen für Gewerkschaftsaktivitäten mausert sich zum Exportschlager, so zum Beispiel in Frankreich. Zwar ging die Krise im vergangenen Jahr mit massiven Demonstrationen einher, die eine oder andere Belegschaft mag zu rabiateren Methoden wie dem Bossnapping gegriffen haben, das auch in diesem Jahr wieder zunimmt, aber letztlich ist das nichts neues. Seit 1995 werden viele Kämpfe vor Ort von den Vollversammlungen der Basis kontrolliert und von Entlassung bedrohte Beschäftigte drohen seit gut zehn Jahren mit drastischen Maßnahmen. Das Motto der Zentralgewerkschaften lautet indes: Aktionstage statt Generalstreik. So zahlt sich aus, dass Präsident Sarkozy die zwei größten Gewerkschaften CGT und CFDT, trotz aller Polemik, zu privilegierten Gesprächspartnern auserkoren hat.

Betriebsratswahlkampf 2008 in Frankreich ©Whisperpress

Relikte des Fordismus

Im Dschungel der Arbeitswelt tatsächlich ein klares Kräfteverhältnis aufzubauen, ist auch mit einem liberalen Streikrecht (siehe Randspalte) noch lange kein Selbstläufer. Insbesondere in kleinen und mittleren Privatunternehmen sind die Gewerkschaften oft weit davon entfernt, auf eine solide Basis bauen zu können. Daraus entspringt die hohe Bedeutung des rechtlichen Rahmens – im Guten wie im Schlechten. Auf der institutionellen Haben-Seite existieren drei Ebenen: in Firmen mit bis zu zehn Beschäftigten gibt es keine besonderen Rechte. Über dieser Schwelle ist die Wahl eines Belegschaftsvertreters vorgeschrieben. Bei über 50 Beschäftigten kommt es zur Wahl eines Betriebskomitees, das die befriedende Funktion, allerdings nicht die Kompetenzen eines bundesdeutschen Betriebsrates hat. In Betrieben dieser Größe ist auch die Benennung eines Gewerkschaftsdelegierten vorgesehen, der Betriebsvereinbarungen unterzeichnen kann.

Um auf diesen Ebenen zu agieren, muss eine Gewerkschaft „repräsentativ" sein – ein rechtlicher Status, der in etwa der hiesigen Tariffähigkeit entspricht. Daran sind einige Rechte geknüpft, die das gewerkschaftliche Agieren im Betrieb erleichtern, wie etwa schwarze Bretter, Bewegungs- und Informationsfreiheit sowie Sprechstunden im Betrieb. In den Genuss dieser Rechte kommt eine Betriebsgruppe meist nur, wenn sie einer der fünf großen, per Dekret als repräsentativ angesehenen Organisationen angehört. Alle anderen haben sich darauf einzustellen, ihren Gewerkschaftscharakter vor Gericht belegen zu müssen – sei es auf Bestreben der Bosse oder anderer Gewerkschaften.

Die Postmoderne: Gewerkschaft als Wahlmaschine

Damit ist nun Schluss. Als Vertreter einer kraftstrotzenden Rechten mit dem Willen zum Durchregieren, kündigte Nicolas Sarkozy (Präsident seit Mai 2007) an, die verkrustete Gewerkschaftslandschaft aufzubrechen. Bereits im August 2007 – im Sommer ist die Mobilisierungskraft wegen der großen Ferien praktisch gleich Null – schränkte die Regierung mit dem „Minimaldienstplan" das Streikrecht der Arbeiter im Zug- und Busverkehr sowie in den Grundschulen stark ein.

Dann im August 2008 der große Wurf: die Reform der Repräsentativität und Kollektivverträge. Von nun an gilt keine Gewerkschaft mehr per se als repräsentativ. Alle können gleichermaßen vor Gericht gezerrt werden. Der Kern der Reform sind neue Kriterien für die Repräsentativität: An die Stelle der „patriotischen Gesinnung während des deutschen Okkupation" etwa tritt die Treue zu nicht näher bestimmten „republikanischen Werten". Außerdem wird die Teilnahme an den Betriebswahlen zur Pflicht. Ab 2013 müssen alle Gewerkschaften belegen, dass sie unter den Beschäftigten auf Zustimmung zählen können. Und die Unterzeichner eines (Haus-)Tarifvertrags müssen mindestens 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen; bisher hatte es ausgereicht, dass eine der offiziellen Gewerkschaften den Vertrag unterschreibt.

Der regierenden Rechten ging es dabei nicht um die Abschaffung von Privilegien der Apparate. Vielmehr, so befürchtet der Fachhistoriker Dominique Andolfatto in dem Magazin Marianne, „wird [die Reform] die Gewerkschaften in reine Wahlmaschinen verwandeln." Einigen Branchenföderationen der „großen" Verbände droht der Statusverlust. Das schafft einen bisher ungekannten Fusionsdruck und einen Konzentrationsprozess in den Branchenverhandlungen. Profitieren werden die Apparate der größten: CGT und CFDT. Zusammen mit den Wahlen zu den paritätisch besetzten Arbeitsschöffengerichten stehen nun also regelmäßig zwei Wahlzyklen an. Der Verparteiisierung der Gewerkschaften ist somit Tür und Tor geöffnet.

Zuckerli: Chancengleichheit im Betrieb

So verheerend sich die Reform auf die Zentralstrukturen auch auswirken dürfte, für die anarchosyndikalistische CNT, die sich auf Aktivitäten im Betrieb konzentriert, bietet sie eine Erleichterung. Für die Zeiten zwischen den Wahlen werden die betrieblichen Grundrechte auch nicht-repräsentativen Gewerkschaften eingeräumt. Die CNT muss nicht mehr – wie zuvor – erst im Geheimen eine Aktivität entfalten, um ihre Existenz notfalls vor Gericht belegen zu können.

Politisch positioniert sich die CNT gegen die Reform, insbesondere weil die Wahlteilnahme zwingend erforderlich ist und den Apparaten dadurch einen legitimeren Anstrich verpasst. Praktisch aber kann sie dagegen nichts ausrichten und ist darauf bedacht, die Chancen, die sich ihr bieten, zu nutzen.

Widerstand regt sich ansonsten allein vor Gericht. Denn die größten Verbände haben kein Interesse, die Reform zu kippen. Und die kleineren – wie z.B. FO und SUD – sind dazu nicht stark genug. Hinzu kommt die Konkurrenz unter den Gewerkschaften, die dazu führte, dass sich beispielsweise FO in einem Fall auf Seiten des Unternehmers stellte. So zog sie die legale Verankerung einer Sektion des Handelssyndikats (SCIAL) der CNT Paris in Zweifel. Schließlich wolle die CNT „den Staat abschaffen" und zolle daher den „republikanischen Werten" keinen Respekt. Die erste Instanz stellte indes fest, dass die „republikanische Ordnung" im wesentlichen in der „Souveränität des Volkes" besteht. Die Abschaffung des Staates ist damit durchaus vereinbar und schließlich stellt auch die revolutionäre Charta von Amiens ein grundlegendes Dokument der französischen Gewerkschaftsbewegung dar. Der Revisionsprozess steht noch aus.

André Eisenstein, STICS 13 CNT

Liberaler Rahmen – doch der Teufel steckt im Detail

Trotz einer großen Gewerkschaftspluralität liegt der Organisationsgrad in Frankreich mit etwa acht Prozent weit unter dem europäischen Durchschnitt. Die Funktionärsdichte hingegen soll im Verhältnis zur Mitgliederzahl zu den höchsten gehören. Gründe dieser Schwäche gibt es viele. Dabei könnte es so einfach sein, denn streiken ist ein Grundrecht. Beschäftigte in der Privatwirtschaft können legal streiken, sobald sich zwei von ihnen zusammentun – auch ohne Gewerkschaft. Allein im Öffentlichen Dienst braucht es zum Streik eine „Vorankündigung" von fünf Tagen, und zwar von einer repräsentativen Gewerkschaft. Allgemein gilt außerdem, dass keine Friedenspflicht existiert; sollte sie dennoch im Tarifvertrag stehen, ist sie nicht rechtswirksam. Darüber hinaus sind in allen Betrieben mit Gewerkschaftspräsenz alljährlich Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen gesetzlich vorgesehen. Soweit zur Theorie.

Immer auf die Kleinen

In Polen zeichnen sich Änderungen im Gewerkschaftsrecht ab

In den letzten zwei Jahren haben Politiker der regierenden Bürgerplattform von Ministerpräsident Donald Tusk bereits des Öfteren versucht, Zusätze in das Gewerkschaftsgesetz und das Tarifverhandlungsgesetz einzufügen. Diese Vorstöße hatten eine Einschränkung der Rechte insbesondere kleinerer Gewerkschaften zum Ziel, die an polnischen Arbeitsplätzen weit verbreitet sind. Höchstwahrscheinlich kommen die Vorhaben nach der Sommerpause wieder auf die Tagesordnung. Der erste Zusatz, der noch nicht in konkreter Form an die Öffentlichkeit gelangt ist, soll die Kriterien für die Anerkennung von Gewerkschaften verschärfen. Momentan muss eine Gewerkschaft, die die Teilnahme an Kollektivverhandlungen anstrebt, „repräsentativ" sein, wozu sie 10% der ArbeiterInnen vertreten muss. Für die drei größten Gewerkschaftsverbände und die von der Regierung in einzelnen Branchen als repräsentativ betrachteten Organisationen ist diese Schwelle auf 7% der Belegschaft abgesenkt. Die Regierung plant nun eine Anhebung des Repräsentativitätskriteriums auf 33%. Diese Reform würde den Einfluss hunderter kleiner Gewerkschaften unterlaufen.

Der zweite Teil der Reform betrifft die Voraussetzungen, die zur Freistellung von Gewerkschaftsdelegierten nötig sind. Momentan können Gewerkschaftsdelegierte, die mindestens 150 ArbeiterInnen vertreten, von der Arbeit befreit werden und ihre gesamte Arbeitszeit der Gewerkschaft widmen, wobei sie weiter bezahlt werden müssen. Je mehr ArbeiterInnen eine Gewerkschaft vertritt, je mehr Delegierte kommen in den Genuss dieses Privilegs. Zudem können Gewerkschaftsdelegierte ihre Arbeitszeit verkürzen, je nachdem wie viele ArbeiterInnen sie repräsentieren. Diese Zeit kann bezahlt oder unbezahlt sein, die Bezahlung muss von der Gewerkschaft beantragt werden. Offizielle Zahlen dazu liegen noch nicht vor, es kursiert aber die Vermutung, dass die Regierung plant, die Anzahl der für eine Freistellung nötigen ArbeiterInnen auf 500 anzuheben.

Die zahlreichen BerufsgewerkschafterInnen Polens fürchten diesen zweiten Zusatz mehr als den zur Repräsentativität, weil er ihren Status gefährdet. Höchstwahrscheinlich wird die Bürgerplattform nach der Sommerpause und den Präsidentschaftswahlen auf diese Ideen zurückkommen. Würde diese Reform umgesetzt, hätte sie eine starke Zentralisierung der polnischen Gewerkschaftslandschaft zur Folge.

Laure Akai



Illegale Spekulationsobjekte

Die Landarbeitergewerkschaft SOC organisiert Widerstand gegen die Ausbeutung von Migranten

Rund um den Globus zählen MigrantInnen wohl zu denjenigen Beschäftigten, die dem stärksten Ausbeutungsdruck ausgesetzt sind, und das nicht erst seit dem Beginn der Krise vor mehr als zwei Jahren. In europäischen Gefilden ist das in den Sektoren der Pflege, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft seit Jahrzehnten zu beobachten. Charakteristisch für die Arbeitsverhältnisse in diesen Branchen ist die relative rechtliche Schutzlosigkeit der Lohnabhängigen und die daraus resultierende Abhängigkeit vom Gutdünken der ArbeitgeberInnen. Dabei wird auch aus der Unsicherheit und Unkenntnis der mitunter undokumentiert Arbeitenden Kapital geschlagen. Sozialabgaben oder gleich der ganze Lohn werden einbehalten, selbst minimale Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz werden ignoriert. Dadurch wird migrantische Arbeit vergleichsweise kostengünstig. Staaten richten ihre steuerlichen oder migrationspolitischen Maßnahmen darauf aus und spekulieren geschickt mit der Ware illegaler migrantischer Arbeitskraft, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Als positives Beispiel für migrantische Selbstorganisation gegen diese Politik kann die Gewerkschaft SOC (span.: Gewerkschaft der LandarbeiterInnen) dienen, die im südspanischen Andalusien tätig ist und vor allem den ArbeiterInnen im Gemüseanbau zur Seite steht. Die Beratungstätigkeit der SOC ist umfassend und betrifft insbesondere Migrations- und Arbeitsrecht. Gemeinsam mit den Geprellten werden dabei mitunter hohe Summen erstritten – Zehntausende von Euro für eine einzelne Person sind keine Seltenheit.

Entscheidend ist dabei, dass die GewerkschafterInnen der SOC mit ihrer permanenten Präsenz im Feld, oder besser gesagt in den Gewächshäusern und den „Chabola-Siedlungen“ mutig in Arbeitskonflikte intervenierten und sich niemals in ihre Büros zurückziehen. Somit wurde ein gewerkschaftlicher Ansatz gefunden, der wirksam und unerlässlich ist, um die vollkommen marginalisierten ArbeiterInnen in der Region zu erreichen.

Die Tatsache, dass die hauptamtlichen SOC-GewerkschafterInnen meist selbst einen Migrationshintergrund haben – sie kommen beispielsweise aus Marokko, dem Senegal oder Argentinien – ist eine der Gründe des Erfolgs der Gewerkschaft: Weil sie die Sprachen der ArbeiterInnen sprechen und zudem selbst, oft über Jahre, in den Gewächshäusern geschuftet haben. Dieser Umstand ist entscheidend, weil die AktivistInnen der SOC nicht nur die Erfahrung gemacht haben, mittels ihrer Arbeitskraft zum Spekulationsobjekt geworden zu sein. Sie wissen auch, was es heißt, dass migrantische ArbeiterInnen unterschiedlicher Herkunft am Arbeitsmarkt gezielt gegeneinander ausgespielt werden.

Solidarität statt Spaltung

Spätestens seit dem Jahr 2002 hatten die ArbeitgeberInnen der Region auf die Tatsache, dass sich die vor allem aus Ländern des Maghreb stammenden Ernte-ArbeiterInnen organisierten, mit Anwerbekampagnen in osteuropäischen Ländern wie Polen oder Rumänien reagiert. Seither wurde das System der Rekrutierung immer perfider: Mittlerweile werden über sogenannte „contratos en origen“, also „Verträge im Herkunftsland“ ArbeiterInnen aus dem Senegal angeworben. Durch die Krise verstärkte sich der Konkurrenzdruck, spätestens seit der Saison 2008 drängen viele spanische ArbeiterInnen aus dem darnieder liegenden Bausektor zurück in die Landwirtschaft. In derselben Saison wurden erstmalig 12.000 marokkanische Arbeiterinnen für die Erdbeerernte in Huelva – westlich von Sevilla – angeworben. Die Kriterien für die Anwerbung spotteten jeglicher Beschreibung: Die Antragstellerinnen mussten zwischen 18 und 40 Jahre alt, verheiratet und Mutter von Kindern sein; letzteres, um zu garantieren, dass die Frauen nach dem Ernteeinsatz zurück nach Marokko gehen.

Vorrangiges Ziel der SOC ist, es die Spaltung der Arbeiterklasse in Almería entlang von „ethnischen“ und sexistischen Kriterien zu verhindern. Dass sie sich dabei weit aus dem Fenster lehnt, ist den lokalen politischen Verhältnissen geschuldet. Über der Region liegt in Bezug auf die miserable Situation von MigrantInnen nach wie vor ein „Mantel des Schweigens“ und die großen Gewerkschaften, wie die CC.OO und die UGT, stehen in vielen Fragen der Migrationspolitik oft gegen die SOC.

Öffentlichkeitsarbeit sowie die Organisierung von Kundgebungen und Demonstrationen soll die Anwesenheit der migrantischen ArbeiterInnen sichtbar machen. Dabei wird auch auf Unterstützung aus dem europäischen Ausland gesetzt. Über den Zeitraum von mittlerweile zehn Jahren wurde in Ländern, die zu den Hauptabnehmern von Gemüse aus Almería zählen, politischer Druck aufgebaut, wenn es zu Repression oder rassistischen Angriffen gegen Mitglieder der SOC kam. Nur am Rande sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass Deutschland schon seit langem größter Importeur von spanischem Gemüse ist. Im Jahr 2008 wurden laut Eurostat unter anderem 201.000 Tonnen spanische Tomaten in die Bundesrepublik geliefert. An der Kampagne beteiligten sich hauptsächlich Soli-Gruppen aus der Schweiz und Frankreich, aber auch aus Deutschland und Österreich. Kritik am herrschenden Landwirtschafts-Modell sowie Solidarität mit der SOC wurden vor dem Hintergrund formuliert, dass es billiges Wintergemüse nicht wie vor nur um den Preis der konsequenten Missachtung von Arbeiterrechten in Almería und anderen Intensivanbau-Regionen gibt. Die Rechte der Beschäftigten sind aber auch an jeder einzelnen Station der oft zitierten Wertschöpfungskette unter Druck: in den Abpackbetrieben, in den Logistik-Unternehmen, beim LKW-Transport und schließlich bei Lidl an der Kasse.

Damit steht fest, dass Ausbeutung nicht nur an der Produktionsstätte selbst bekämpft werden sollte, sondern auch an den Orten, an denen die Produkte abgesetzt werden. Ein Grund mehr, Arbeiterrechte transnational zu verteidigen.

Alexander Vilotic



Schild: Für das Ausländergesetz interessiert sich nur das Finanzamt

Mehr Infos in der Broschüre „Peripherie & Plastikmeer. Globale Landwirtschaft, Migration, Widerstand“ (Hg. Europäisches BürgerInnforum und NoLager Bremen, 2008. 114 Seiten), im Internet: no-racism.net/article/2548/

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

China: Streik bei Honda wird zum Problem für Regierung

Im Mai und Juni kam es zu Streiks in mehreren chinesischen Werken des Automobilkonzerns Honda. Die Streikwelle nahm ihren Ausgang bei einem Zulieferer, der Getriebe für Honda herstellt. Dort streikte die Belegschaft u.a. für bessere Löhne. Nach zehn Tagen Streik, in denen der Produktionsausfall die gesamte chinesische Honda-Produktionskette lahmgelegt hatte, knickte die Geschäftsführung ein und verkündete eine Lohnerhöhung von 24 Prozent. In dem wilden Streik hatte eine große Gruppe erfahrener Arbeiter die Geschäftsführung und die staatliche Gewerkschaft, die sich wie üblich als verlängerter Arm der Geschäftsführung betätigte, offen herausgefordert. Diese Arbeiter waren sich der Macht bewusst, die sie in der Just-in-Time-Kette von Honda ausüben konnten, und wussten sie zielgerichtet einzusetzen. Die Streikenden forderten nicht nur höhere Löhne, sondern erstmals auch, dass die Gewerkschaftsvertreter in der Fabrik von der Belegschaft gewählt werden sollten. Eine unerhörte politische Forderung in den Augen von Staatsgewerkschaft und Behörden.
Weil erfolgreiche Streiks Schule machen, traten in der ersten Juni-Woche die ArbeiterInnen in zwei weiteren Honda-Werken bei Guangzhou in einen wilden Streik. Auch hierbei handelte es sich um Belegschaften in der Produktion von Schlüsselkomponenten für Honda. Sie forderten ebenfalls eine saftige Lohnerhöhung und die Direktwahl der Delegierten der staatlichen Gewerkschaft in den Betrieben durch die Belegschaft. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der Status dieses wilden Streiks ungewiss. Die Konzernleitung hatte versucht, einen Teil der Belegschaften mit der Zusage deutlicher Lohnsteigerungen und anderer Verbesserungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Ein Teil soll darauf eingegangen sein. Unterdessen wird berichtet, dass die Sorge bei den Behörden hinsichtlich der Ausweitung der politischen Forderungen in Bezug auf die Gewerkschaften wächst. In einigen Quellen wird berichtet, man fürchte eine Situation wie die in Polen Anfang der 80er Jahre.

Indien: Wilder Streik nach Flugzeugkatastrophe

Am 26. Mai kam es bei Air India zu einem wilden Streik von rund 20.000 Beschäftigten des Bodenpersonals. Der Streik wurde am Folgetag abgebrochen, nachdem das oberste Gericht in Delhi den Ausstand für illegal erklärt hatte. Der Grund für den Streik war eine an Deutlichkeit kaum zu überbietende Kumpanei zwischen Justiz, Regierung und dem Management der Fluggesellschaft. Nach dem Absturz einer Maschine von Air India Express, einer Tochter von Air India, bei dem am 22. Mai 158 Passagiere und Besatzungsmitglieder ums Leben kamen, versuchte das Management, den Beschäftigten einen Maulkorb zu verpassen, die auf die ihrer Meinung nach katastrophalen Sicherheitsbedingungen bei der Fluggesellschaft hinweisen wollten. Da Air India außerdem laut den Gewerkschaften das Wartungspersonal zu Manipulationen bei der Flugsicherheits-Zertifizierung zwingen wollte, riefen zwei der im Konzern vertretenen Gewerkschaften zu Streiks auf. Das Gericht untersagte nicht nur den ersten spontanen Streik, sondern auch einen zweiten, den die Gewerkschaften regulär für den 31. Mai angemeldet hatten. Air India nutzte die Gelegenheit, um den beiden aufrufenden Gewerkschaften die Anerkennung zu entziehen und ihre Büros zu verbarrikadieren sowie zu versiegeln. Außerdem wurde die sofortige Entlassung von 58 Gewerkschaftern und die Suspendierung von weiteren 24 angekündigt. Das Management von Air India wird bei diesen Maßnahmen von der Regierung der Kongress-Partei tatkräftig unterstützt. Der Streik, der zum Ausfall von 140 Flügen führte, ist Teil einer wachsenden Welle von Arbeitskämpfen in vielen Bereichen der indischen Wirtschaft. Auch in Indien versucht die Regierung, die Kosten der Krise auf die ArbeiterInnen abzuwälzen. Kurz vor Redaktionsschluss wurde ein weiterer Streik für Mitte Juni angekündigt.

Bangladesh: Binnenschiffer im Streik

Mitte Mai streikten in Bangladesh Transportarbeiter auf den Binnenschiffen, nachdem die Regierung zuvor den 150.000 Binnenschiffern eine neue Lohnstruktur verordnet hatte. Binnen weniger Tage lagen in den beiden größten Binnenhäfen des Landes 22 große Frachtschiffe fest, weil sie nicht gelöscht werden konnten. Der Streik endete nach mehreren Tagen am 16. Mai, nachdem die Regierung zugesichert hatte, über bessere Entlohnung zu verhandeln und inhaftierte Streikende freizulassen.







Hosen runter!

200 Ausgaben DA:
Intime Geständnisse, Enthüllungen und Schmähungen

AnarchistInnen von heute neigen bekanntlich dazu, sich konspirativ in staubigen Hinterzimmern zu treffen, ihre Gesichter hinter schwarzem Textilmaterial zu verbergen und in der Manier römischer Schildkrötenformationen auf Demos aufzumarschieren. Wenn sie etwas publizieren, verwenden sie gerne kryptische Kürzel als Autorennamen oder verschwinden gar gänzlich im Schatten eines Anonyms. Von Polizeistaat, Repression und Unheil ist dabei die Rede, ganz so, als mache sich der Staat sehr große Sorgen über eine anstehende anarchistische Erhebung. In Wirklichkeit ist das vor allem eines: tierisch uncool und wenig anziehend, fast schon ein Garant, dass die Bewegung übersichtlich und ungefährlich bleibt. Und es macht – ganz im Gegenteil – eine Bewegung angreifbar, weil sie sich leicht bloßstellen lässt und gängige Klischees bedient, und weil sich nun mal in undurchsichtigen Strukturen leichter wüten lässt. Anarchosyndikalismus ist nichts, wofür man sich verstecken oder schämen müsste. Das sollte auch in dieser Zeitung zum Ausdruck kommen. Die DA hat deswegen vor geraumer Zeit beschlossen, mit derlei Schrullen bestmöglich zu brechen. Schließlich sind wir ganz „normale" Menschen – nun ja, fast zumindest. An kauzigem Verhalten und sonderbaren Debatten hat es nicht gemangelt, wie ein Blick zurück beweist. Aber da hat sich einiges geändert. Streitigkeiten um die wortgenaue Auslegung imaginärer anarchistischer Bibeln und rigide Gebote schwarz-roter Taliban kenn' ich nur noch vom Hörensagen. Ja, man soll angeblich – zwischen all dem bierernsten Gebaren – auch hin und wieder einen Spaß verstehen. Ich hoffe es zumindest, wo ich gerade diese Zeilen schreibe. Das Essen auf den FAU-Kongressen bleibt freilich mies. Zumindest diese Konstante durchzieht noch die Geschichte der FAU.

Trotz der Normalisierung waren aber dennoch Wehklagen zu hören. Die FAU wäre immer noch nicht richtig nahbar und die DA zu unpersönlich. Unsere sagenhafte „Kolumne Durruti" allein reicht da wohl nicht aus. 200 Ausgaben DA sind ein guter Anlass, das zu ändern. Die Hintergrund-Redaktion hat deshalb ausgewählte GenossInnen gebeten, ihre ganz persönliche Sicht auf die DA darzulegen und Gesicht zu zeigen. Bitte schön: Die DA lässt heute die Hosen runter.



Holger Marcks (Redaktion Hintergrund)

Rubbeln und kleben

Folkert Mohrhof über die DA-Produktion in der Steinzeit



Als die DA-Redaktion bei unserer FAU-Gruppe in Hamburg lag – und das war viele Jahre lang der Fall –, mussten wir noch ohne Handy, PC und Internet auskommen. Heute kann sich ja keiner mehr vorstellen, unter welchen lächerlichen Bedingungen wir die DA herstellten, die damals noch monatlich erschien. Andererseits waren wir bis zu sechs GenossInnen, die in wöchentlichen Sitzungen diskutierten, die Artikel redigierten, sie „auf Spalte abtippten" und das Klebelayout der Seiten erledigten. Die Überschriften wurden noch mit Letraset-Klebebuchstaben „gerubbelt". Unser damals jüngster Genosse fand sogar durch die so erworbenen Kenntnisse nachher eine Anstellung bei der deutschsprachigen Zeitung in Budapest.

Später – ab 1984 hatte ich meinen ersten Computer – konnten wir die Artikel besser abtippen und ohne große Probleme korrigieren. (Vorher mussten wir einzelne Textbausteine herausschneiden, neu tippen und wieder zusammenkleben.) Als dann die ersten Grafik- und Layoutprogramme kamen, speicherte ich immer die fertige Datei auf mehreren Disketten und brachte sie mit dem Wochenendticket nach Göttingen. Dort druckte dann ein Genosse die DA aus bzw. belichtete sie. Manchmal dauerte das zwei Tage, weil die verwendeten Programme nicht immer identisch waren und sich der Seitenumbruch verschoben hatte, da ich eine Schrift „einzubinden" vergaß. Es war ein großes Rumgemurkse in den Kindertagen des PC-Layouts.

Es kam vor, dass ich erst Sonntag nachts zurückkam, um gleich am nächsten Morgen vor der Arbeit die Druckvorlage in die Druckerei zu bringen. Ein Genosse holte nach dem Druck die fertigen Zeitungen ab. Einen Nachmittag lang packten wir dann die Pakete für den Wiederverkauf. Schließlich mussten abends noch ca. weitere 500 Einzelabos in Banderolen versandfertig gemacht und zur Post gebracht werden. Und zwischendurch: Abo-Verwaltung, Buchhaltung, Abrechnungen für den FAU-Kongress ...

Heute freue ich mich immer wieder, in alten DA-Ausgaben Artikel und Kommentare zu finden, die ihre Aktualität nicht verloren bzw. den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Leider hat sich das für die FAU nie ausgewirkt.

Markt der Eitelkeiten

Dörthe Steinicke über den Reifeprozess von DA und FAU

Jede Organisation braucht einen gewissen Reifegrad, um sinnvoll zu funktionieren. Die Art und Weise, wie eine anarchosyndikalistische Organisation diesen Reifegrad erlangt, ist langwierig und stellt die Beteiligten vor besondere Herausforderungen. Denn mangels basisdemokratischer Tradition mussten wir im „Trial and Error"-Verfahren unsere Ansprüche mit den kleinen und großen Unzulänglichkeiten menschlichen Verhaltens abgleichen. Für die RedakteurInnen der DA galt und gilt vermutlich bis heute: Geduld, viel Geduld!

Es erforderte eiserne Nerven, Redaktionsarbeit für eine Organisation zu leisten, in der eine äußerst geteilte Meinung darüber herrschte, ob es überhaupt Redaktionen geben soll oder ob deren Existenz nicht schon das Prinzip des imperativen Mandates verletze und ob die Publikation von einer Verselbstständigung bedroht sei. In diesem Spannungsfeld bewegten sich die Redaktionen der DA, und sie sahen sich bis noch vor wenigen Jahren mit entsprechenden Ansprüchen seitens einiger FAU-Schreiberlinge konfrontiert. Der Kontakt zu ihnen verlief manchmal genauso langwierig wie wortgeladen. Handelte es sich bei den redaktionellen Korrekturen wirklich nur um Eingriffe, die der besseren Lesbarkeit und der korrekten Grammatik dienten, oder etwa um Veränderungen inhaltlicher Aussagen? Obliegt es der Redaktion, einen zu langen Artikel zu kürzen, oder ist sie verpflichtet, einen uninteressanten, jedoch von einem Syndikat vorgeschlagenen Artikel abzudrucken?

Derartige Fragen mussten in teilweise endlosen, natürlich nächtlichen Telefonaten diskutiert werden. Eitelkeiten der AutorInnen, aber auch Schrullen der Redaktionsmitglieder spielten dabei keine geringe Rolle. Häufig stellte ich mir im Anschluss derartiger Diskussionen, wo es gar um einzelne Worte ging, die Frage: steht der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen? Das Schöne ist: Meine Antwort hat sich mit den Jahren geändert. Früher hätte ich sie klar mit Nein beantwortet; nach 200 Ausgaben kann ich sagen, wir haben gelernt, unsere Ansprüche mit dem Sinnvollen und Machbaren abzugleichen. Ja, die DA ist gemeinsam mit der FAU professioneller geworden und hat sich sowohl organisatorisch als auch inhaltlich gemausert.

Damals in der Szene

Geigerzähler über Müsli und Klassenkampf in der Subkultur



Als ich noch jung und hübsch war, wohnte ich in einem (ex-) besetzten Haus. Die BewohnerInnen waren eher punkig, politischen Aktionen aber nicht abgeneigt. Im Nachbarhaus hatte sich eher die Hippiefraktion einquartiert. Das Verhältnis zu denen war nicht immer entspannt. Wir waren ihnen zu laut und sie uns zu müslihaft. Einige von ihnen betrieben im Erdgeschoss gar einen Bioladen mit Food-Coop. Wir gingen lieber zu Bolle klauen, solange bis Bolle zu Extra wurde und Extra wegen Unwirtschaftlichkeit Lidl Platz machte.

Im Bioladen klauten wir nicht. Konnten wir ja nicht bringen. Ich ging trotzdem manchmal hinein, denn dort lag diese Zeitung, die mich interessierte, und zwar in großen Stapeln. Ich vermute, es war die Phase, wo die Auflage in einem Anfall von Größenwahn auf 10.000 erhöht werden sollte. Ich begann bald, den Stapel etwas zu verkleinern, indem ich ein paar Exemplare in den umliegenden Besetzerkneipen verteilte. Doch in der „Szene" interessierte sich niemand so richtig für Arbeitskämpfe. Nahm man Worte wie „Klassenkampf" oder „Gewerkschaft" in den Mund, lief man Gefahr, ausgelacht zu werden. Mich frustrierte das sehr, weil ich gerade ein paar Scheißjobs hinter mir und parallel dazu diese dicke Durruti-Biographie gelesen hatte. Die DA zeigte mir damals, dass ich nicht gänzlich allein war und Arbeiteranarchismus sogar recht hübsch gelayoutet sein konnte. Zugleich spiegelte sie auch die Schwäche der Bewegung wieder. Einige Artikel waren schlicht unlesbar, andere ließen die DA wirken wie ein Organ zur Wahrung glorreicher Historie – ohne Bezug zum Hier und Jetzt.

Nach 15 Jahren hat sich einiges verändert. Heute darf ich in der „Szene" von Klassenkämpfen reden, ohne ausgelacht zu werden, und die FAU ist auf dem besten Weg von einer reinen Ideenorganisation zu einer Gewerkschaft. Die DA hat, trotz mancher Qualitätsschwankungen, einen großen Anteil daran. Allein die Tatsache, dass alle zwei Monate eine Zeitung erscheint, die sich jenseits subkultureller Selbstbezüglichkeit eines Gros der anarchistischen Szene am realen kapitalistischen Alltag orientiert, ist nicht zu unterschätzen. Und ich meine, die DA wird zusammen mit der FAU an den Arbeitskämpfen, die sie begleitet, wachsen und gedeihen.

Sonnenstrahl durch die Gitterstäbe

Thomas Meyer-Falk über die DA und Knastarbeit



Es mag an die zehn Jahre her sein, dass die Justizvollzugsanstalt Bruchsal ein Exemplar der DA als „vollzugsfeindlich" einstufte und mir vorenthielt. Auch wenn heute solche Eingriffe in die Presse- und Meinungsfreiheit – zumindest in der JVA Bruchsal – die Ausnahme sind, bedeutet dies nicht, dass sich die Situation hinter Gittern und Mauern, wo die DA auch gerne gelesen wird, verbessert hätte. Gefangene leiden unter den sich verschärfenden wirtschaftlichen Verhältnissen ebenso wie ArbeiterInnen außerhalb der Knastmauern. Sie müssen das letzte, was ihnen verblieben ist, ihre Arbeitskraft, zu Bedingungen verkaufen, die ihnen die Justiz diktiert.

In dieser Hinsicht ist die DA wie ein Sonnenstrahl, der durch die Fenstergitter bricht: Sie bietet qualifizierte Information, historische Rückblicke, eine politische Alternative zum etablierten System und Anregungen, sich zur Wehr zu setzen. Bei allem Enthusiasmus ist jedoch festzuhalten, dass die Bereitschaft, gegen die Arbeitsbedingungen vorzugehen, noch unterentwickelt ist, mögen die Lohnkürzungen, die den Gefangenen verordnet werden, auch noch so radikal sein.

200 Ausgaben der DA haben gezeigt, wie wichtig es ist, den ArbeiterInnen eine Stimme zu geben – auch denen, die im Gefängnis sitzen. Gratulation an alle, die in den vielen Jahren die DA geschaffen und erhalten haben. Für eine kraftvolle Alternative!

Roman Danyluk (48): Transportarbeiter. Mitglied der FAU München und Redakteur der DAM (erscheint ein bis zwei Mal im Jahr, Auflage: 1.000 Exemplare, Umfang: acht Seiten; kostenlos). Autor von Büchern über die Geschichte der FAU, der Ukraine und des bayerischen Tischtennissports (letzteres nie veröffentlicht).

Geigerzähler (31): Musiker und Aktivist. Zwei Drittel Masse des Duos „Berlinska Droha" und die kleinere Hälfte von „Atze Wellblech". Mitglied der FAU Berlin. Drückt sich ständig vor Beiträgen für die DA.

Julia Hohmann (29): Studentin. Mitglied der FAU Lich. 2004 bis 2005 BuG-Redakteurin für die FAU Frankfurt (sechs Ausgaben Dienstzeit). Großstadtflüchtling, bevorzugt die hessische Landluft.

Patrick Lohner (23): Auszubildender Koch. Mitglied der FAU München. Aboverwalter der DA seit 2008 (12 Ausgaben Dienstzeit). Freizeitlos, verabscheut klandestine Marotten und lange Texte.

Holger Marcks (29): Journalist. Mitglied der FAU Berlin. Seit 2005 bei der DA in wechselnden Ressorts (30 Ausgaben Dienstzeit). Lieblingsspeise: Rollmöpse.







Aber politisch korrekt, bitte!

Julia Hohmann über weltbewegende Diskussionen in der DA-Redaktion

Eine Einigung unter Redaktionsmitgliedern ist grundsätzlich nicht einfach. Aber schwierig und fast brenzlig wird es, wenn nicht nur auf den Inhalt oder auf den richtigen Satzbau geachtet werden muss. Die größten Diskussionen entstanden zu meiner Zeit bei der DA, wenn es um die politisch korrekte Schreibweise ging. Nehmen wir als Beispiel das Binnen-I:

Der eingegangene Text wird vorgelesen. Aber Halt! Schon beim ersten Satz kommt es zu einer Wortmeldung: Wieso steht dort „die Gewerkschafter", ohne eventuelle Frauen in der Gewerkschaftsgruppe zu berücksichtigen? Eine große Diskussion kommt zustande. Buntes Treiben entsteht – während mir ganz schwummrig vor den Augen wird. Was geht hier vor sich? Die Köpfe der Anwesenden verfärben sich mal von rot zu grün – von weiß zu dunkelrot. Schließlich großes Aufatmen – wir einigen uns auf die gesegnete Endung „Innen", welches sämtliches aufgekommenes Adrenalin wieder zur Normalisierung und alle RedakteurInnen wieder zur Beruhigung bringt.

Doch der Artikel ist damit noch lange nicht zu Ende besprochen. Sämtliche Passagen ohne Binnen-I werden auf einen gestellten Antrag hin geändert. Beiläufig wird noch eine Debatte geführt, ob der „AutoR" nicht auf Vorträge über politisch korrekte Schreibweisen hingewiesen werden sollte. Dieser Punkt wird aber vertagt, da über die Korrektheit der Antragsstellung erst noch einmal abgestimmt werden muss.

Nach zwei Stunden ist man/frau am Ende des Textes angekommen, wo der AutoR ganz beiläufig erwähnt, alle Männer seien bei der geschilderten Aktion festgenommen worden. Was!? Ein Aufschrei hallt durch den Raum. Keiner sitzt mehr auf seinem Platz, wilde Gestikulationen wirbeln die stickige Luft durcheinander und ein zarter Durchzug entsteht – angenehm, kann ich nicht bestreiten. Doch die hervorquellenden Augen hätten mir erspart bleiben können. Bevor es nun zu einer weiteren heftigen Diskussion kommen kann, stellt ein/e MitgliedIn den Antrag, den Text abzulehnen. Dieser wird einstimmig angenommen und man/frau widmet sich dem nächsten Artikel.

Professionalität, igitt!

Hansi Oostinga über den Neuaufbruch in der DA



Sommer 2003: Langsam wurde klar, dass der Hartz nicht nur ein deutsches Mittelgebirge ist und dass Dosenpfand die innovative und ökologische Einkommensquelle der Zukunft sein könnte. Demgegenüber stand eine DA, die die besseren Zeiten hinter sich hatte. Wer beim FAU-Kongress nicht rechtzeitig aufs Klo verschwand, bekam eine Funktion in der DA aufgedrückt. Die verschiedenen Teilredaktionen funktionierten dementsprechend auch eher als Briefkästen. Alle zwei Monate wurden die angesammelten Artikel an das Layout geschickt, welches das Ganze dann zusammenklatschte. Gute Artikel und Ausgaben mit weniger als 30 Fehlern pro Seite gab es auch zu dieser Zeit, aber eben nur als Kollateraleffekt einer lustlosen Produktionsweise.

Einige Berliner GenossInnen wollten dies ändern und übernahmen große Teile der DA-Redaktion und -Produktion. Eine Schlussredaktion wurde eingeführt, das Blatt mit neuen Rubriken aufgelockert, die einzelnen Nummern wurden (wieder) in regelmäßigen Redaktionssitzungen geplant, neue AutorInnen wurden gewonnen, eine Werbeoffensive gestartet, mehrere Beilagen mit Auflagen von bis zu 100.000 Exemplaren produziert und einiges mehr.

Wir wollten eine Zeitung, die wir wieder Lust hätten, selbst zu lesen – und zu verkaufen. Tatsächlich verdoppelten sich die Abo-Zahlen und die Aufmerksamkeit für die DA stieg – bis hin zur *B.Z.*, die gegen das „Chaotenblatt" wetterte. Aber Veränderungen führen wie in jeder Organisation auch bei der FAU zu Widerständen. Berliner Zentralismus, autoritäres Verhalten, Intransparenz und sogar Professionalität (!) wurde uns wahlweise vorgeworfen. Auch aus heutiger Sicht würde ich keinem dieser Vorwürfe zustimmen – leider auch nicht letzterem –, sie kosteten uns aber die Hälfte unserer Zeit. Aber es hat sich gelohnt. Die DA ist zu keinem Zeitpunkt wieder auf das Niveau von davor abgesunken. Im Gegenteil, sie entwickelt sich langsam aber stetig zu dem, was wir brauchen: zu einer ernstzunehmenden kämpferischen Gewerkschaftszeitung.

Bayerischer Eigensinn

Roman Danyluk über eine kleine Schwester der DA und ungehobelte Familienbande

Kleine Geschwister sind häufig trotzig, provozierend und naivselbstbewusst, auch wenn ihnen noch die Rotze aus der Nase läuft und sie – natürlich nur dem kleinen Wuchs geschuldet – zu den Älteren aufschauen. „Mir san mir!" hallt es denn auch der DA aus der bayrischen Landeshauptstadt entgegen, wenn ich als Repräsentant der *Direkten Aktion München* (DAM) und damit als quengeliger Nachwuchs aufgefordert werde, mich zu unserer älteren Schwester zu verhalten.

In jungen Jahren geht der Nachwuchs oft eigene Wege. Die DAM zumindest bildet sich ein, offensiver, direkter und agitatorischer als ihre große abgeklärte Schwester zu sein. Es hat aus der DA-Redaktion durchaus schon Stimmen gegeben, die den bayerischen „Sonderfall" kritisch hinterfragten, besonders wenn sie merkten, dass für uns in München das Lokalblatt eine höhere Priorität hat, als für die bundesweite DA zu schreiben. Immerhin habe ich schon auf den Gängen libertärer Veranstaltungsorte Geraune aufgeschnappt, die DAM sei „ja besser als die DA". Ob dabei Alkoholika im Spiel waren, konnte ich nicht in Erfahrung bringen.

Mangelndes Selbstbewusstsein kann uns wohl nicht nachgesagt werden, eher schon ein typisch bayerischer Eigensinn, den die Menschen im hohen Norden, im wilden Westen und im weiten Osten (bei uns alles mit dem Begriff „Preußen" zusammengefasst) nicht immer verstehen. Aber bei der aktuellen Ausgabe der DAM ereilte uns doch noch der Sündenfall. Nachdem bisher immer sehr diskret geklaut wurde, ist erstmals der Artikel eines Berliner DA-Redakteurs ganz abgedruckt worden. Ein erster Hinweis zur Fusion? Keine Sorge, der rotzfreche Balg geht seinen Weg weiter, nimmt beleidigt brummelnd manchmal Hilfe in Anspruch und hält sich trotzdem für unwiderstehlich. Schließlich kam ja auch die Idee zu einem Buch über die Geschichte der FAU aus der DAM-Redaktion, das dann folgerichtig von einem ihrer Mitglieder geschrieben wurde.

Als neurotischer „Jubiläumsautor" gratuliere ich der DA und wünsche ihr noch mindestens 200 weitere Ausgaben – auch wenn dann die DAM ihre große Schwester an Einfluss, Auflage und Qualität längst überflügelt haben wird. Es bleibt ja in der Familie.

Notorischer Spielverderber

Patrick Lohner über das Leben in und mit der Abogruft



Nein, so hatte ich mir das nicht vorgestellt. Eigentlich wollte ich vor zwei Jahren nur den scheinbar urbajuwarischen Drang, sein eigenes Süppchen zu kochen, durchbrechen und als erster aus meiner lokalen Gruppe eine bundesweite Aufgabe in der FAU übernehmen. Eine kleine Aufgabe sollte es sein, nebenher zu erledigen. Als dann der Umzugswagen vorfuhr und mit einem Karton nach dem anderen meine geliebten 30 Quadratmeter in die berüchtigte Abogruft verwandelt wurden, war mir klar, dass da irgendetwas in meinem Vorhaben gewaltig schief gelaufen war.

Spätestens beim Starten der zur Aboverwaltung gehörigen Software wurde es aber dramatisch. Was dort über den Bildschirm flimmerte, war nichts geringeres als Microsoft's Works 3.0., eine Zumutung, die ich bereits auf meinem ersten Computer 1992 für Dreck befunden hatte. So manches Grauen verfolgt einen eben relativ hartnäckig. Die Daten wurden in unzähligen Nachtschichten manuell in eine brauchbare Umgebung gehackt. Seitdem hat sich viel getan. Wir trotzen tapfer sämtlichen Trends in der Landschaft der Print-Medien. So haben wir konstant steigende Abozahlen, einen kostenlosen Zugang zum Online-Archiv unserer Zeitung und seit Jahren greifen wir nicht noch tiefer in die Taschen unserer LeserInnen, im Gegenteil: ab dieser Ausgabe ist das Abo für unsere LeserInnen im Ausland sogar günstiger!

Zusätzlich habe ich die Rolle des notorischen Spielverderbers inne: Ich haue der Redaktion auf die Finger, wenn sie zu teure Ideen hat, und kappe säumigen BezieherInnen ihr Wiederverkaufsabo, frei nach der Feststellung des Soziologen Max Weber: „Herrschaft ist im Alltag primär: Verwaltung". Dem kann auch ich mich in der täglichen Praxis nicht restlos entziehen. Aber für solche Fälle haben wir ja die gute alte Ämterrotation. Stellenprofil für die Nachfolgersuche: „Geile, aber anstrengende Stelle an Perfektionistin abzugeben." Perfektionismus muss sein. Dieser Beitrag zumindest dürfte der wohl einzige auf dieser Seite sein, der die Vorgabe der Redaktion von 2.000 Zeichen exakt erfüllt.

Spätpubertäre Phase

Felix Zimmermann über die DA-Produktion in Zeiten von Web 2.0



Eigentlich layoute ich gar nicht gerne. Die letzten zwei Jahre haben es mir vor Augen geführt. Wie jede mechanische Arbeit wird auch das DA-Layout einem früher oder später langweilig. Zum Großteil ist es immer das Gleiche. Jeder Artikel besteht aus einem Text plus wahlweise Bilder. Diese müssen dann irgendwie zueinander angeordnet werden. Dabei spielt es für den Layouter schon bald keine Rolle mehr, was in den Texten eigentlich drin steht, zählt für ihn doch „berufsbedingt" nur deren Form. Und so habe ich seitdem keine Ausgabe mehr bewusst gelesen. Als ich 2008 das Mandat auf dem FAU-Kongress übernahm, war das eigentlich nicht so geplant.

Neu im Redaktionskollektiv, fiel mir auf, dass das größte Problem immer die fiese Zeitplanung war. Die Spätschicht für das Layout war praktisch schon einkalkuliert, denn damals war es üblich, in der letzten Nacht die Korrekturen an der fertigen Druckdatei vorzunehmen. Ächz. Das hat sich aber zum Glück mittlerweile geändert (jetzt gibt es eine Phase für das Lektorat), wie vieles andere übrigens auch. Denn die DA hat in den letzten Jahren wichtige Schritte auf dem Weg zu einer erwachsenen Zeitung gemacht.

Endlich hat sich die DA auch von der Print-Steinzeit emanzipiert und kann mit einem ordentlichen und schönen Web-Archiv aufwarten. Auch halten „neue" Technologien wie z.B. Telefonkonferenzen innerhalb der Redaktion langsam Einzug. Bei einer Zeitung mit derzeit 18 ständig rotierenden Redaktionsmitgliedern, die über das ganze Land verstreut sind, braucht es auch eine gute Organisationsstruktur, damit alles funktioniert. Auf jeden Fall verlangt es von den Beteiligten immer ein gutes Stück Arbeit, zweimonatlich die DA herzustellen: obwohl die Zeitung seit langem in gleichem Rhythmus und Umfang erscheint, scheint der zur Produktion nötige *workload* immer weiter zuzunehmen. Die Umstellung auf einen kürzeren Erscheinungszyklus wird sicher noch etwas auf sich warten lassen. Denn so lange die FAU bezahlte Posten ablehnt, wird sie auch in Zukunft in den eigenen Reihen ihrem Kampagnenmotto „Keine Arbeit ohne Lohn!" nicht entsprechen können.







Thomas Meyer-Falk (39): Gefangener in der JVA Bruchsal (1996 wegen Bankraubs verurteilt). Schreibt gelegentlich für die DA. Gerade erschien sein Buch „Nachrichten aus dem Strafvollzug" im Blaulicht-Verlag. Weitere Infos: www.freedom-for-thomas.de

Folkert Mohrhof (55): Verlagskaufmann, Buchhalter. 1977 Mitbegründer der DA. DA-Redakteur von 1977-1979 und 1986-1991 (39 Ausgaben Dienstzeit). Bis 2008 Mitglied der FAU Hamburg, heute beim ASK Hamburg/VAB Altona.

Hansi Oostinga (38): Kinoarbeiter und Diplom-Politologe. Mitglied der FAU Berlin. Mitglied der DA-Schlussredaktion von 2003 bis 2005 (12 Ausgaben Dienstzeit). Beteiligt an der letzten DA-Blattreform. Friese (trockener Humor und undiplomatischer Kritikstil).

Dörthe Steinicke (42): IT-Arbeiterin. Mitglied der FAU Frankfurt. Immer wieder mal DA-Redakteurin zwischen 2000 und 2009 (ca. 18 Ausgaben Dienstzeit). Springt gerne in die Bresche.

Felix Zimmermann (24): Student der Geschichte und Informatik. Mitglied der FAU Kiel. Layouter für die DA seit 2008 (12 Ausgaben Dienstzeit). Besondere Vorliebe für Katzen, nicht nur schwarze.

Auf der Suche nach der Direkten Aktion in Kunst und Kultur

Ein Gespräch über libertäre Kultur und das Selbstverständnis der *DA*-Kulturseiten



KP, Marcus und Jorinde (von links nach rechts) bei der „Arbeit"

Seit die Redaktion der Kulturseiten vor etwa zwei Jahren wechselte, befindet sich dieses DA-Ressort in ständiger Selbstfindung. Was ist der Gegenstand der redaktionellen Arbeit – das „Promoten" von Veröffentlichungen der FAU und ihrem Umfeld? Oder allgemein libertäre Kunst und Kultur – aber was wäre dann darunter zu verstehen? Hieße dies, die Redaktion müsste sich auf die Suche nach der Direkten Aktion, dem subversiven und revolutionären Aspekt in der Kultur begeben? Eine Diskussion zwischen DA*-Kulturredakteur Marcus und den (im wahrsten Sinne des Wortes) freien Journalisten KP und Jorinde, deren regelmäßige Interviewbeiträge ein fester Bestandteil der* DA*-Kulturseiten geworden sind.*

Es ist Samstagnachmittag, und die Sonne kämpft ihren üblichen Kampf mit den Hamburger Wolken, die durch eine steife Brise über die Hansestadt getrieben werden. Wir treffen uns vor dem immer noch nagelneu wirkenden Café des „Pudelclubs" auf St. Pauli, das von Möwen und Touristen umschwirrt wird. KP hat ein kleines Büchlein dabei, aus dem er dann auch zugleich das „Proletkunst-Manifest" nach Kurt Schwitters zitiert: „Eine Kunst, welche sich auf eine bestimmte Klasse von Menschen bezieht, gibt es nicht, und wenn sie bestehen würde, wäre sie für das Leben gar nicht wichtig." [Kuwitter, Edition Nautilus, S. 67 ff]

Marcus: Wenn das stimmt und es folglich keine proletarische Kunst gibt, stellt sich die Frage, worauf wir auf den *DA*-Kulturseiten unser Auge noch werfen sollen. Schließlich ist die *DA* ja schon auch irgendwie eine Zeitung eben für eine bestimmte Klasse.

KP: Ich finde es wichtig, dass sich die Zeitung öffnet, dass sie inhaltliche Impulse setzt, gerade in der Diskussion mit Interessierten oder mit KünstlerInnen, Kulturschaffenden und kulturell interessierten Menschen. Der Rückzug und der Bezug auf die eigene Kulturszenerie führen ja auch nur dazu, dass man dann sehr schnell im eigenen Saft schwimmt, sich selbst bestätigt, aber dass man keine gesellschaftliche Relevanz hat bzw. bekommt.

JR: Damit verbunden scheint mir die spannende Frage, ob und wie man überhaupt libertäre und/oder anarchistisch orientierte Kunst und Kultur definieren kann und möchte, wie eng oder weit. Bezieht sich das „Libertäre" und „Anarchistische" wesentlich auf den Inhalt oder hat es auch und gerade etwas mit Form, Verortung und Präsentation zu tun? So wie es einerseits Politik thematisierende Kunst und andererseits politisch agierende Kunst gibt, manchmal trifft beides zu, aber eben nicht notwendig.

Die Königsfrage

KPF: Marcus, wen möchtest du, möchte die Redaktion ansprechen und erreichen? Diejenigen, die sich bereits auf libertäre bzw. anarcho-syndikalistische Positionen beziehen, also FAU-Mitglieder und SympathisantInnen, oder auch Leserinnen und Leser, die sich überhaupt erst einmal informieren wollen?

Marcus: Das ist die Königsfrage. Der Kurs ist noch nicht so gefunden, der Kulturteil soll eigentlich kein reiner „Werbeteil" für FAU-Veröffentlichungen und die ihrer Mitglieder sein, daher ist es mir auch ein Anliegen, kein zu großes Übergewicht von Buchvorstellungen in der Zeitung zu haben – das ist mir am Anfang auch von anderen Redaktionen ans Herz gelegt worden. Dabei gilt es aber zu berücksichtigen, dass die Leserschaft nun mal zum größten Teil aus dem FAU-Umfeld kommt, und sich natürlich über FAU-Veröffentlichungen informieren will bzw. „ihre" Zeitung, die die *DA* ja nun mal ist, auch für die Verbreitung ihrer Arbeiten nutzen will. Das gilt halt nicht bloß für Arbeitskämpfe, sondern ebenfalls für die vielen Bücher und Broschüren, die aus dem Spektrum der FAU heraus veröffentlicht werden. Die richtige Balance da zu finden ist manchmal ein Drahtseilakt.

J.R. Soll das so bleiben? Wäre es nicht eine Chance, den Kulturteil so überraschend und brennend-attraktiv zu gestalten, dass Leser sich die *DA* wegen des Kulturteils holen?

Marcus: Es gibt immer mehr Anfragen von anderen libertären Kulturprojekten nach Partnerschaften mit der *DA*, wie etwa der libertären Buchmesse in der Schweiz. Es gibt über so etwas die Möglichkeit, den Fokus zu erweitern. Die *DA*-Kultur ist jedenfalls dabei, die Trennung zwischen anarcho-syndikalistischen und anarchistischen Szenerien ähnlich wie bei der *Graswurzelrevolution* zu überwinden, d.h. sie ist inhaltlich nicht so begrenzt. Gerade eure Interviews mit bekannteren KünstlerInnen führen ja möglicherweise dazu, dass sich deren Fans die Zeitung kaufen. Daher sollte die Kulturredaktion einen breiteren Blickwinkel haben. Außerdem gibt es ja schon länger das Bestreben, Veranstaltungen unter dem Label „DA Kultur" durchzuführen. Selber Kultur machen – das wäre sicherlich ein gutes Mittel, um anarcho-syndikalistische Vorstellungen zu vermitteln und um Berührungsängste abzubauen.

J.R.: Wichtig wäre dabei aber, aus der stereotypischen Anarcho-Ästhetik herauszukommen. Das Bild des „Schwarzen Blocks" ist ja für viele Menschen entweder abschreckend oder im Gegenteil geradezu beschwichtigend, weil ihr Klischee bestätigt wird. Zu Klischees und Kitsch verkommene Protestformen schläfern ein, statt Neugierde zu wecken und wachzurütteln. Mit Protestformen meine ich alle erdenklichen, noch unerdachten oder neu zu bedenkenden Ausdrucksmöglichkeiten, von optisch-visuellen bis zu akustisch-auditiven und situationistischen. Hier muss noch viel getan werden, um das Potenzial einer quicklebendigen „Ästhetik des Widerstands" nutzbar zu machen. Entscheidend dabei ist, dass Kunst und Kultur keine Alibifunktion übernehmen, als Eye- oder Ear-Catcher für die „eigentlichen" politischen Belange. Scharf gesagt: Politik ist künstlerisch-kulturell, Politik ist kunstvoll – oder sie ist nicht.

KPF: Ich sehe ein, dass es wichtig ist, Räume zu haben, wo man unter sich für sich ist. Wichtiger finde ich aber, raus aus den autonomen Zentren hinein in die Gesellschaft zu gehen, so wie es die Dadaisten, Surrealisten, Situationisten und der positive/konstruktive Teil der Punk-Bewegung gemacht haben. Denn was nützt es, wenn man nur unter sich bleibt als verschwindend kleine Minderheit? Gerade Bands wie z.B. die Sex Pistols, die sich auf das Erbe des Situationismus bezogen, haben ja gezeigt, wie man in die Gesellschaft hineinwirken kann. John Lydon, den wir live bei einer Pressekonferenz im französischen Bobital erleben konnten, nutzt kongenial die medialen Möglichkeiten, seine Anarchy-Message zu kommunizieren. Die Tatsache, dass der englische *Guardian* über die Beerdigung von Malcolm McLaren titelte: „Anarchy rules as Malcolm McLaren funeral draws punk glitterati", spricht für sich.

J'ACCUSE

Kein Platz für antisexistische Kritik in der Metro: Das Titeldild von Damien Saez neuem Album „J'accuse" ging der Pariser Werbeverwaltung gegen den Strich

Marcus: Wenn es um das Hineintragen von Kultur in die Gesellschaft geht, muss ich sagen, dass ich es schade finde, dass es kaum libertäre Kulturzusammenhänge gibt. Beim DGB, der SPD und der Linkspartei ist kulturelle Arbeit ja hoch professionalisiert und wird stark bezuschusst, oft auch, um sie in eine finanzielle Abhängigkeit zu drängen ...

KPF: Wir sind ja Mitglieder der Erich-Mühsam-Gesellschaft. Ausdrücklich möchte ich gerade Libertäre ermuntern, sich hier stärker mit einzubringen. Ich frage auch, warum die FAU und die *DA* sich nicht sichtbar wie die *jungle world* und die Zeitschrift *Opak* als Medienpartner an den von Thomas Ebermann organisierten Erich-Mühsam-Abenden beteiligen? Dies als Beispiel für Partizipationspotenziale, wo sich die *DA* inhaltlich gut positionieren und möglicherweise neue LeserInnen ansprechen könnte.

Marcus: Um noch mal auf das Thema „proletarische Kultur" zu sprechen zu kommen: Meint ihr nicht, dass es so etwas nicht vielleicht doch als Gegenstück zur Hochkultur der Eliten, die dieses Feld ja durch hohe Preise und Verhaltenskodexe für sich erobert haben, gibt?

Gegen Illusionen und Klischees

J.R.: Also zuerst: Ich glaube nicht daran, dass Kunst, zum Propaganda-Mittel reduziert, irgendetwas erreichen kann. Wahrhaft revolutionäre Kunst bricht meiner Meinung nach eingefahrene Strukturen auf, und da wäre der Elitegeist in der sogenannten Hochkultur die erste Adresse. Mozart oder Beethoven waren keine Freunde der Eliten und wollten nicht explizit „Hochkultur" als Kultur der Besserverdienenden produzieren; sie waren vielmehr aufmüpfige Querköpfe. Wenn eine bestimmte Schicht, vor allem die wirtschaftliche „Elite", eine bestimmte Kunstform für sich beansprucht, muss diese Okkupation entlarvt werden.

KPF: Viele Künstler, die aus dem Umfeld der Autonomen Zentren wie z.B. der Roten Flora kommen, müssen sich ja häufig, wenn sie erfolgreich werden, den Vorwurf anhören, sie würden die Bewegung verraten und sich an das kapitalistische System verkaufen. Was natürlich Blödsinn ist, denn es gibt in diesem System kein Innen und kein Außen, und wenn, dann ist es eine Illusion ...

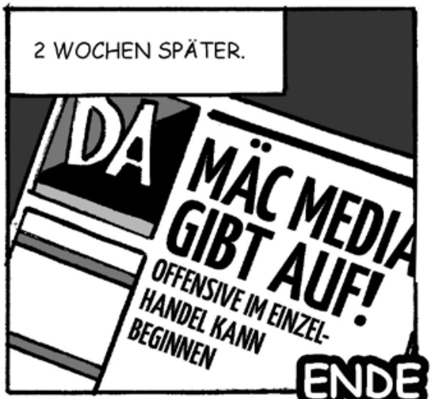
J.R.: Das erinnert mich an die zwei ganz großen Klischees: Zum einen das künstlerische Genie, das durchgefüttert werden muss, weil seine/ihre Kunst in dieser Welt noch nicht richtig gewürdigt wird – und zum anderen die tragischen emanzipatorischen KünstlerInnen, die an ihren Idealen zerbrechen ... Diese Bilder haben die Leute einfach in den Köpfen und staunen dann, wenn die Wirklichkeit ganz anders aussieht.

KPF: Ich möchte zum Schluss noch mal auf ein ganz praktisches Beispiel hinweisen, an dem die subversive Kraft der Kunst sehr gut veranschaulicht wird. Der französische Sänger Damien Saez wollte in den Pariser Metrostationen sein Album mit folgendem Bild bewerben: Eine nackt-erotisch, cool-gestylte Frau räkelt sich in einem Einkaufswagen. Über dem Bild-Motiv klein gedruckt die Worte „J'accuse" – „Ich klage an". Der Werbekontrollausschuss erkannte den darin transportierten Angriff auf den sexistischen Normalzustand in den Werbeplakaten, die sonst in den Metrostationen zu sehen sind – und verhinderte, dass Saez mit diesem Bild werben konnte. Saez wollte die Methode der Werbung nutzen, um gegen die Werbung selbst anzugehen – und die Werbeindustrie sah sich genötigt, dies durch Zensur unmöglich zu machen. Letztendlich aber hat Saez dadurch eine gesellschaftliche Diskussion bis hinein in sämtliche Szenezeitschriften und Feuilletons angestoßen.

Klaus-Peter Flügel/Jorinde Reznikoff/
Marcus Munzlinger







30 Jahre Asphaltkultur!

Mit neuem Schwung geht es wieder los: Die „Rotzfreche Asphaltkultur“ erobert Straßen und Herzen

„Traue keinem über 30!“ So lautet ein Motto, welches dem amerikanischen Free-Speech-Aktivisten Jack Weinberg zugeordnet wird und das es als Alltagsfloskel und Binsenweisheit in die meisten Jugendbewegungen der Welt geschafft hat. Dieses Motto stand auch symbolisch für das euphemistisch genannte „Erwachsenwerden“ der Grünen, als der Parteivorstand zum Jubiläum eine Lederjacke mit eben diesem Slogan darauf geschenkt bekam. Erwachsenwerden steht hier für eine Abkehr von den alten Idealen, wie z.B. dem Antimilitarismus oder sozialer Gerechtigkeit. Selbst Koalitionen mit den einstigen Lieblingskontrahenten der FDP und der CDU sind kein Tabu mehr und was einst aus den neuen sozialen Bewegungen, der Anti-AKW-Bewegung etc. entsprang, ist heute in der politischen Mitte angekommen. Traue keinem über 30 – a self-fulfilling prophecy!

Es geht aber auch anders!

Im gleichen zeitlichen und politischen Kontext entstand jedoch auch ein loses Bündnis politischer Straßen- und KleinkünstlerInnen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Straße und den öffentlichen Raum zur politischen Aufklärung zu nutzen. Was als Idee auf einem Bundeskongress der Bürgerinitiativen gegen Atomkraft 1978 begann, entwickelte sich fortlaufend zu einem immer größer werdenden Bündnis – die Rotzfreche Asphaltkultur (RAK) war geboren.

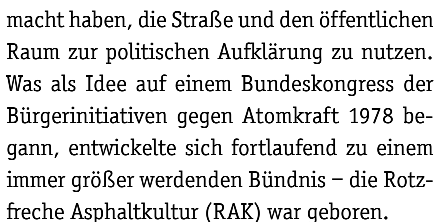
Die RAK sah sich von Beginn an als unkommerziell und in Opposition zur Massenkonsumkultur und dem Mainstream. Davon lebt sie bis heute. Hauptaugenmerk war schon immer der kontinuierliche Austausch von Stücken, Erfahrungen und Aktionsformen, denn die meisten KünstlerInnen haben ihre Kunst schon immer mit politischen Kämpfen verknüpft. Bei vielen war eine gewisse Praxisnähe zu dem, was sie sangen unverkennbar. So gab es in der Vergangenheit immer mal mehr und mal weniger regelmäßige Treffen, auf denen dieser Austausch in Form von Workshops, Diskussionen und gemeinsamen politischen Aktionen gepflegt wurde. Im Zuge solcher RAK-Treffen kam es dann oft zu gemeinsamen politischen Aktionen vor den Toren von AKWs, in Einkaufszentren, vor Kasernen etc. Mit diesen Aktionen wurden meistens regionale politische Kämpfe in der Veranstaltungsstadt unterstützt oder weitergeführt.

Die Inhalte der einzelnen Gruppen bewegten sich schon immer stark zwischen den großen politischen Themen, wie Krieg und Frieden, Rassismus, Umwelt, Ausgrenzung, Unterdrückung, etc., und den kleinen Alltagsgeschichten, wie Vereinzelung und Anonymität, Konsumverhalten in der Überflussgesellschaft, Arbeit, Utopien und Träume, Liebe etc. Die meisten Lieder hatten keinen festen Stil – aus Rock, Pop, Folk, Antifolk, Ballade und sogar Volksmusik war alles vertreten. Gesungen und gespielt wurde jedoch fast ausschließlich auf Deutsch, denn ein großes Anliegen war es, die Inhalte simpel und einfach zutransportieren. Was nützt ein Bob Dylan, der von Frieden singt, ein Donovan, der für gerechtere Arbeitsbedingungen singt, wenn deren Lieder in deutschen Fußgängerzonen kaum als politisch verstanden werden, da keiner so schnell den Text übersetzt?

Wichtig für das Selbstverständnis der RAKis war von jeher die Nähe und Barrierefreiheit zum Publikum. Auf der Straße gibt es keine erhöhte Bühne und kein festes Publikum, jeder kann zuhören wie es ihr oder ihm beliebt. Ein harter, aber auch dankbarer Job! Zudem wird ein Publikum erreicht, welches kaum auf politische Konzerte, Diskussionen oder Veranstaltungen gehen würde. Schwellenängste können auf behutsame Weise abgebaut werden.

-RAK Heute-

2009 kam es nach Funkstille innerhalb der RAK zu einem Revival-Abend in Braunschweig, auf dem sich mehrere Generationen von Kulturschaffenden aus der Rotzfrechen Asphaltkultur trafen – vor allem sich selbst zu feiern. Es war ein schöner, vielfältiger und bunter Abend, der jedoch einen politischen Anspruch vermissen ließ. Kein Wunder, denn viele Alt-RAKis haben sich aus dem politischem Aktivismus verabschiedet. Trotzdem gab es dort auch eine nicht gerade geringe Anzahl an jüngeren, derzeit aktiven Gruppen. So zeichnete sich schon dort ab, dass man sich bald wieder treffen wollte. Ein solches Treffen, so wurde sich gewünscht, sollte aber wieder mehr zum gegenseitigen Austausch beitragen, bzw. mehr sein als ein bloßes Happening. Und so wuchs die Idee von einem neuen RAK-Treffen 2010 in Kiel.



Die RAK stach in den späten 70'ern in die widerständige See

Heute gehören Gruppen und MusikerInnen wie Revolte Springen, Früchte des Zorns, Bambule, Teds'n Grog, Schall und Rauch, Yok, Geigerzähler u.v.m. zum aktiven RAK-Umfeld. Genau lässt es sich nicht sagen, wie viele Gruppen es derzeit gibt, da vieles auf einem Zusammengehörigkeitsgefühl beruht.

-RAK Treffen Kiel-

In der Zeit zwischen dem 27.und dem 30. Mai reisten an die 40 MusikerInnen und KleinkünstlerInnen aus ganz Deutschland in die Fördestadt, um sich gemeinsam auszutauschen und zu vernetzen. Die Stimmung im viel zu kleinen Vorbereitungskreis war bis zum Eintreffen der ersten KünstlerInnen am Donnerstag schon ein bisschen angespannt: „Es war einfach schwer abzuschätzen, was da genau auf uns zukommen würde“, beschreiben die KielerInnen ihre leichte Nervosität vor dem Treffen. „Zum Teil hing ja vieles bis fast alles an nur einer Person“ – also die Einladungen, die Ankündigungen per Plakat, die Finanzierung, die Unterbringung der Künstler und Künstlerinnen, die Verpflegung und vieles mehr. „Wir haben uns dann immer, bevor das Gefühl ‚Das Schaffen wir nie' aufkam, gesagt: Hey, das ist ein selbst organisiertes DIY-Festival, das von den Teilnehmenden selbst gestaltet wird. Was wir in der Vorbereitung nicht schaffen, das machen die MusikerInnen und KünstlerInnen dann schon selber. Schließlich soll ja gerade das dieses Treffen ausmachen.“ Und genau so kam es dann auch.

Noch am Donnerstagabend glich das RAK-Treffen eher einem musikalisch-familiären Zusammenkommen guter Freunde als einem bundesweiten Treffen und Festival. In den Räumen der „Alten Meierei“ trudelten so um die 15 Leute, unter ihnen z.B. Revolte Springen oder Konny aus Berlin, ein und planten und musizierten bei Vokü und ein paar kühlen Bieren zusammen bis spät in die Nacht. So kamen die Unterstützenden aus Kiel in den Genuss eines kleinen „hoch exklusiven“ Live-Konzerts, was schon mal für vieles entschädigte. Doch richtig losgehen sollte es dann am Freitag.

Die RAK in und für Kiel aktiv gegen Nazi-Gewalt und das Schweigen der Öffentlichkeit

Für diesen Tag stand die lokale und politische Komponente des Treffens explizit im Vordergrund. Kiel ist – wie seit der lebensbedrohlichen Attacke auf einen Tänzer im letzten Jahr und den scharfen Schüssen auf die Alte Meierei Anfang dieses Jahres in linken Kreisen überregional recht gut bekannt ist – seit geraumer Zeit trauriger Schauplatz kontinuierlicher Nazi-Gewalt. Das RAK-Treffen wollte hier politisch intervenieren. Schon die Veranstaltungsorte waren von dem Vorbereitungskreis im Bezug auf die anhaltende Nazi-Problematik gewählt worden: Neben dem allgemeinen Anlaufpunkt im autonomen Kultur- und Wohnprojekt Alte Meierei wurde das offene linke Kommunikationszentrum und ebenfalls Wohnprojekt „Hansa 48“ für den Gala-Abend am Samstag gewählt. Dem Kinderladen (!) der Hansa 48 waren in den letzten drei Jahren wiederholt von Nazis die Scheiben eingeworfen worden. Um die Fülle und Dauer der Gewalt von rechts, die sich in erster Linie gegen die linke Szene in Kiel richtet, deutlich zu machen, beschäftigte das RAK-Treffen am Freitag vor allem die öffentliche Aufarbeitung und Analyse der Geschehnisse. Ausgestattet mit der Chronik der Attacken und einem allgemeinen Wissen um die Verhältnisse in Kiel strömte am späten Vormittag die mittlerweile schon etwas größere Gruppe der RAKis aus, um in der Kieler Innenstadt an den Straßen und Plätzen mit Musik, Information und einem deutlichen Zeichen gegen rechts und des „Sich-nicht-einschüchtern-lassens“ die RAK-Tage sozusagen „offiziell“ zu eröffnen. Außerdem luden die KünstlerInnen zur am Abend in der Alten Meierei stattfindenden Veranstaltung ein. Die „Autonome Antifa Koordination Kiel“ war vom RAK-Vorbereitungskreis dafür gewonnen worden, eine tiefergehende Darstellung und Analyse der Naziszene in und um Kiel zu präsentieren. An diesem Abend strömten dann auch viele Leute in die Halle der Alten Meierei, während der Raum nebenan beim Plenum der nun fast kompletten RAK aus allen Nähten platzte. Der Ansatz der Aufklärung, den die RAK hinsichtlich der Nazi-Thematik gewählt hatte, war, wie auch von Antifa-Seite bekräftigt wurde, aufgrund des Totschweigens und Verharmlosens der rechten Gewalt durch die Monopolpresse der Kieler Nachrichten und der Politik im Rathaus, ein guter und richtiger Akt der Solidarität.



Der Gala-Abend des diesjährigen Treffens in und vor der Hansa 48 in Kiel war ein unerwartet großer Erfolg

Der Gala-Abend: Groß, Bunt, Wild

„Im Nachhinein“, so der noch immer sichtlich beeindruckte Vorbereitungskreis, „sind wir immer noch sprachlos. Was an diesem Samstag in der Hansa 48 los war, ist einfach unfassbar“. Angeblich sollen über den Abend über 400 bis sogar 500 Menschen in die proppevollen Räumlichkeiten geströmt sein. „Die armen MitarbeiterInnen der Hansa waren auch total überrascht und zum Teil etwas überfordert mit dem Ansturm. Damit hat aber auch kaum jemand gerechnet“. Das in einem Plenum nur kurz vor Beginn des Gala-Abends abgesteckte Programm reichte bis tief in die Nacht und bot neben den bekannteren KünstlerInnen um ‚Früchte des Zorns' oder der deutsch/sorbisch singenden Kombo ‚Berlinska Dróha' auch vielen Unbekannteren eine große Bühne. Die anschließende Abschlussparty musste dann irgendwann mit Rücksicht auf die feierabenddurstigen MitarbeiterInnen des Hansa-Kollektivs schließlich beendet werden. Zufrieden und geschafft verteilten sich die RAKis schließlich auf die WGs und Projekte, bei denen sie für die Tage Unterschlupf gefunden hatten.

Tschüss und bis zum nächsten Jahr!

Am letzten Tag fanden sich übermüdete und zum Teil auch etwas verkaterte RAKis zum Abschlussplenum in der Alten Meierei ein. Neben einer Rückschau über die Tage wurde die aktuelle Situation der RAK und natürlich das „Wie weiter“ besprochen. Mogli von ‚Früchte des Zorns' brachte es auf den Punkt: „Ich hab' so das Gefühl, dass diese neuen RAK-Treffen wie so ein kleines Kind sind, um das wir uns kümmern müssen, damit es heranwächst. Lasst uns dranbleiben und Strukturen schaffen, damit es weitergeht!“ Genau das ist, wie allen TeilnehmerInnen anzusehen war,ein großer gemeinsamer Wunsch.

Lukas Johannsen und Marcus Munzlinger



Bürojob

Ich seh die Welt die mich umgibt
Den Mensch der sich in Illusion verliebt
Der sich verliert in seinem Job
Die Beurteilung war immer Top

Für den das Geld das Leben ist
Der Wert an dem er sich bemisst
Und heuchelt dass er's selbst nicht glaubt
Die letzten Gedanken mit Alk sich raubt

An Schreibtischen in Denker-Pose
Und in der neuen Anzughose
Lernen sie wie man den Rücken beugt
Vom Chef -Lehnsherr- steht's streng beäugt

Sie nehmen nur was sie bekommen
Von dem, das sich der Chef genommen
Dankbar für jede kleine Gabe
Der Chef ist Gut und voller Gnade!

Sie sehen zu, schnürt man sie ein
Es fehlt der Mut sich zu befrei'n
So rinnt die Zeit -die Stechuhr sticht
Das wahre Leben ist das nicht!

Tyler Springfield

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Zeitung gegen Ausbeutung

Des letzten Rätsels Lösung: Direkte Aktion

„Setz' drei AnarchistInnen zusammen und sie fangen an, eine Zeitung herauszugeben ..."

Die Ereignisse, die zur Geburt der *Direkten Aktion* (*DA*) führten, sind vielschichtig und aufs Engste mit der internationalen Entwicklung des Anarcho-Syndikalismus verbunden. Im März 1977 nahmen über 25.000 Menschen an einer Versammlung der CNT in San Sebastian d. l. Reyes teil. Die CNT und damit der Anarcho-Syndikalismus waren wie Phönix aus der Asche zurückgekehrt. In Deutschland meinte der Kommunistische Bund (KB), diesen Phönix schon früh bekämpfen zu müssen, bevor aus diesem Küken ein stolzer Vogel werden würde. Im Juni 1977 erschien in ihrer Zeitung *Arbeiterkampf* (heute *Analyse und Kritik*) eine Abrechnung mit dem Anarcho-Syndikalismus. Nur einen Monat später, im Juli 1977, folgte die Antwort des „Komitees Freies Spanien" in einer Sondernummer der *Iberien-Nachrichten*.

Die Beteiligten hatten nach eigenen Angaben „Blut geleckt" und wollten eine klar anarcho-syndikalistische Zeitung herausbringen. Die Nummer 1 der *DA* wurde im November 1977 als lokales Blatt der I-FAU Hamburg herausgegeben. Das Jahr 1977 hatte bis dahin schon die Entführung von Hans-Martin Schleyer (damals Arbeitgeberpräsident, früher Nazi-Funktionär) durch die RAF, die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" und den Tod von vier RAF-Gefangenen in Stammheim und Stadelheim gesehen. Auf Seite eins der ersten Ausgabe war dann auch ein Transparent zu sehen, das bei der Beerdigung von Ensslin, Raspe und Baader zu sehen war. Darauf stand: „Gegen Morde im Knast! Aber auch: Gegen Flugzeugentführungen!"

Ab Juni 1978 ist die in Hamburg geborene *DA* die offizielle Zeitung der FAU-IAA. Von Anfang an war sie einerseits ein Mitgliederblatt, das den Zusammenhalt der Syndikate und Gruppen untereinander fördern, und andererseits ein Agitationsblatt, das die Ideen und die Praxis des Anarcho-Syndikalismus bekannt machen sollte. Dem ursprünglichen Selbstverständnis nach wollte die *DA* keine anarchistischen Theorien oder Philosophien ausbreiten, sondern stattdessen ein klassenkämpferisches und libertäres Gewerkschaftsverständnis propagieren.

Dem eigenen syndikalistischen Anspruch entsprechend, wonach die FAU und damit auch ihr offizielles Organ immer eine „Schule des Proletariats" ist – die es den Mitgliedern ermöglichen soll, möglichst alles zu erlernen, was zur Herstellung einer regelmäßig erscheinenden Zeitung notwendig ist –, wurden von den Kongressen alle Bestrebungen abgelehnt, bezahlte Stellen für die *DA* einzurichten. Gleichzeitig gab und gibt es einen stetigen Prozess der „Professionalisierung". Im Sommer 1989 wurde die Produktion von DIN A4 auf Zeitungsformat umgestellt. Das führte zu einer Verdreifachung der Auflage bei gleichzeitiger Reduzierung des Verkaufspreises! In der Folgezeit wurde die Auflage weiter deutlich erhöht und in die damalige DDR gebracht. Dort war das Bedürfnis nach anti-staatlichen Sozialismusvorstellungen sehr groß und die *DA* fand einen für ihre Verhältnisse reißenden Absatz. In den Jahren danach wurde versucht, die Auflage dauerhaft auf 10.000 Exemplare zu erhöhen ... was jedoch leider nicht gelang.

Neben dem „laufenden Geschäft" hat die *DA* immer wieder Sonderausgaben herausgebracht. Zum Beispiel zur „National-Bolschewistischen Konterrevolution" (1994), zu „20 Jahre EZLN" (2003) oder auch zur Agenda 2010 (im Jahr 2004).

Wir können mit Gelassenheit und Neugier auf die Zukunft der *DA* schauen!

Rudolf Mühland



ORGAN DER INITIATIVE FREIE ARBEITER-UNION NR. 29 DM 1,-

F.A.U. direkte aktion I.A.A.

Initiative Freie Arbeiter-Union • ANARCHO-SYNDIKALISTEN • Internationale Arbeiter-Assoziation

Industrie-Roboter

STAHLMANN GEGEN BLAUMANN

INHALT

Stahlmann gegen Blaumann – Titelblatt der DA Nr. 29 aus dem Jahr 1981

Sozialrevolutionäres Bildrätsel





In den beiden Bildern oben (Original von O. Wolters) sind 8 Unterschiede versteckt. Finde die Dinge, die nicht in beiden Bildern zu sehen sind, nehme die Anfangsbuchstaben und bringe sie in die richtige Reihenfolge. Das ergibt dann das Lösungswort. Als kleine Hilfe: Der gesuchte Begriff kann auch als Arbeitskampfmittel eingesetzt werden.

Sozialrevolutionäres Logikrätsel

Nach der Erdölkrise von 2033 (siehe dazu den Beitrag auf Seite 8) begann ein Wettlauf um neue Energiequellen und Rohstoffe. Fünf Länder waren federführend. In der Forschung werden diese Länder nach ihrer Innovationskraft heute in einer bestimmten Reihenfolge eingeordnet.

Polen hatte in der Technik, Kunststoffe auf Rapsbasis zu produzieren, Erfolg. Jenes Land, das hingegen Gebrauchsgegenstände aus Hartweizen herstellte, befuhr die Weltmeere mit Solarschiffen.

Island brauchte sich bei der Stromgewinnung am wenigsten umzustellen, da es schon seit langer Zeit über Erdwärmekraftwerke verfügte. Die Rückbesinnung auf Kohle als Energiequelle und Gerste als universellem Rohstoff in einem anderen Land verlief weniger erfolgreich. Island und Italien nehmen in der historischen Innovationsreihenfolge Nachbarplätze ein. Elektromobile und Schiffe mit Deltasegeln setzten sich in ein und demselben Land durch. Russland machte das Bodeneffektfahrzeug Ekranoplan wettbewerbsfähig.

Effektive Gezeitenkraftwerke setzten sich in dem Land durch, das heute als Nummer drei der damaligen Innovation gesehen wird. Die auf Hanf basierende Kunststoffindustrie gibt in dieser Rangfolge den Ausschlag für den ersten Platz. Jene beiden Länder, die Hochdrucklokomotiven bzw. Flettner-Rotoren entwickelten, folgen in diesem Ranking direkt aufeinander.

Ebenfalls Tabellennachbarn sind die zwei Staaten, die Ekranoplane bzw. Schiffe mit Dynarigg-Segeln zur Serienreife brachten. Sonnenkraftwerke und Wasserstoffautos waren in ein und demselben Land bestimmend. Exotische Sackgassenentwicklungen blieben hingegen Produkte aus Fischtran, die man im gleichen Land antraf, wie ferngelenkte Tesla-Busse.

England und jenes Land, das die Hanftechnologie entwickelte, folgen in ihrer Innovationsbedeutung nah aufeinander.

Aber wo flog man mit Segelzeppelinen durch die Luft, und welches Land speiste sein Stromnetz aus Methankraftwerken? Die richtige Antwort erhaltet ihr, wenn ihr schlüssig kombiniert.

(Matthias Seiffert)

Für unsere Jubiläumsverlosung haben wir euch extra dicke Gewinnpakete geschnürt. Schickt die Lösung von einem oder beiden Rätseln ein und nehmt somit an der Verlosung teil! Für jedes Rätsel gibt es eine seperate Verlosung.

Logikrätsel:

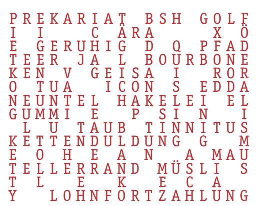
1. GewinnerIn: 1-Jahres-Abo der *Direkten Aktion* (bei bereits bestehendem Abo wird dein Abo um ein Jahr verlängert), DVD: *Durruti in der spanischen Revolution* und ein T-Shirt mit Brustlogo
2. GewinnerIn: Der Roman *Königin ohne Schmuck* von Maurizio Maggiani und ein T-Shirt
3. GewinnerIn: *Mein Leben als Buch* von Peter Jacobi

4-10. GewinnerIn: Der Comic *Ostberlin* von Lars Sjunnesson

Die Lösung schickt ihr einfach an: da-abo@fau.org oder an: Direkte Aktion, Aboverwaltung, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München

GewinnerIn des Kreuzworträtels #199: Rabotz aus Leipzig

Auflösung # 65





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 201: 13. August 2010